

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verksammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 15.

Donnerstag, den 18. Januar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Stichwahlparolen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie.

Der Geschäftsführende Ausschuss der Fortschrittlichen Volkspartei richtet an die Wähler der Fortschrittlichen Volkspartei folgenden Aufruf:

Die Hauptwahl am 12. Januar hat eine endgültige Entscheidung über die Zusammensetzung des Reichstags nicht gebracht. Das Ziel des Wahlkampfes, die Zerkümmern des schwarz-blauen Blocks, ist auch bei den Stichwahlen fest im Auge zu behalten. Die erste Aufgabe ist überall die Förderung der eigenen Partei. Die mit uns verbündete Nationalliberale Partei ist gegen jeden Gegner zu unterstützen. Im übrigen gilt die Lösung:

Keine Stimme für ein Mitglied der deutsch-konservativen Partei, der Reichspartei, des Zentrums, der Wirtschaftlichen Vereinigung oder einer anderen antisemitischen Gruppe. Auf zur Wahl! Die reaktionäre Mehrheit darf nicht wiederkehren!

Der sozialdemokratische Parteivorstand gibt folgende Erklärung ab:

Die politische Situation macht es zur gebieterischen Notwendigkeit, bei den Stichwahlen alles daran zu setzen, um den schwarz-blauen Block zu zerkümmern. Wir sind überzeugt, daß die Parteigenossen mit derselben Wucht, mit der sie den Hauptwahlkampf mit so glänzendem Erfolge geführt haben, auch bei den Stichwahlen die Reaktion siegreich niederzujwingen wissen werden. Soll dies augenblickliche politische Ziel erreicht werden, so müssen die Genossen überall, wo zwischen gegnerischen Kandidaten zu wählen ist, denjenigen unterstützen, der die Seneser Bedingungen angenommen hat. In erster Linie haben sie in diesem Fall für Fortschrittler einzutreten. Unter keinen Umständen darf eine sozialdemokratische Stimme für Konservative oder Zentrum, Reichspartei oder Wirtschaftliche Vereinigung abgegeben werden. Nieder mit dem schwarz-blauen Block!

Kann ein bürgerlicher Wähler in der Stichwahl für den Sozialdemokraten stimmen?

Vom Reichstagsabgeordneten Adolf Gröber, Mitglied der Zentrumsparlei.

Vor allen Dingen möchte ich sagen: so lange man ein Wahlgesetz besitzt, welches mit dem Stichwahlsystem den Wähler zwingt, unter Umständen zwischen zwei Kandidaten zu entscheiden, welche beide der politischen Ansicht des Wählers widersprechen, macht man es allerdings dem Wähler sehr schwer, bei den Stichwahlen Stellung zu nehmen; denn es kann vorkommen, die Erfahrung hat es ja gezeigt, daß es sehr schwer ist, zu entscheiden, wer von den Gegenkandidaten der minder unangenehme und der minder gefährliche ist. Die Sachlage kann ja auch so sein, daß man geradezu gezwungen ist, positiv abzustimmen, daß man nicht durch bloße Stimmhaltung den erwünschten Erfolg erzielen kann, sondern daß man eben, um ein größeres Übel nach der Meinung der Wähler zu verhindern, für einen Gegner stimmen muß. Es ist das etwas Unnatürliche, daß das Gesetz den Wähler dazu zwingt. Ja, es gibt verschiedene Mittel, diesen Mangel des geltenden Wahlgesetzes zu beheben, man kann die relative Mehrheit entscheiden lassen, und noch andere verschiedene Methoden sind denkbar, aber ich will mich jetzt darüber nicht auslassen. So lange das System der Stichwahlen besteht, nimmt es sich sehr sonderbar aus, wenn vom Regierungstische die Konsequenz des Stichwahlsystems den einzelnen Wählern oder den einzelnen Parteien zum Vorwurf gemacht werden will.

Solche Vorwürfe nehmen sich um so seltsamer aus, wenn man damit einen Aufschrei der „Berliner Neuesten Nachrichten“, denen man offiziöse Beziehungen nachsagt, zusammenhält, eine Abhandlung, in welcher der bemerkenswerte Satz steht:

„In der Stichwahl kommt es nicht auf die politischen Grundsätze, sondern auf die Taktik an, sei es, daß

sie einen bestimmten Erfolg herbeiführen oder daß sie unter zwei drohenden Übeln wenigstens das größere verhindern will.“

Wir im Zentrum wissen recht wohl, daß bei solchen Wahlen oft der Unmut drastisch zum Ausdruck kommt, daß mancher Wähler den für die Regierung aller unangenehmsten Kandidaten wählt, um der Mißstimmung, die aus den verschiedensten Gründen vorliegen kann, einen recht kräftigen Ausdruck zu geben. Wir finden einen solchen Unmut nicht etwa nur in den minder gebildeten Kreisen des Volkes, sondern auch in höheren Schichten. Wer von uns hat vergessen, daß am 21. Dezember 1892 ein schlesischer Rittergutsbesitzer Ruprecht auf Ransern öffentlich in einem Aufruf erklärt hat:

„Ich schlage nichts mehr und nichts weniger vor, als daß wir unter die Sozialdemokraten gehen und ernstlich gegen die Regierung Front machen, ihr zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns weiter so schlecht behandeln zu lassen wie bisher, und sie unsere Macht fühlen lassen.“

Aus diesem Aufruf ist dann allmählich, ein paar Monate später, der Bund der Landwirte entstanden. Also ein ganz konservativer gerichteter Mann kommt im Unmut, im Ärger über die schlimme wirtschaftliche Lage zu dem öffentlich ausgesprochenen Vorschlag: Laßt uns unter die Sozialdemokraten gehen!

Ich möchte deshalb über diese Frage folgendes sagen: Von dem Programm der Sozialdemokratie trennt uns Mitglieder der Zentrumsparlei derdenkbar größte Gegensatz, darüber ist ein Zweifel nicht möglich. In der Auffassung dieser grundsätzlichen Gegensätze befinden wir uns auch in vollem Einklang mit unseren Wählern. Wir haben auch nie aufgehört und werden nie aufhören, unsere Wähler darüber aufzuklären. Allein aus diesem grundsätzlichen Gegensatz der Programme folgt nicht die Verpflichtung, in jedem Fall, in dem ein Vertreter der Sozialdemokratie mit dem Vertreter einer andern Partei zur Wahl steht, diesem letzterem zum Siege zu verhelfen, obgleich wir auch in ihm einen Gegner unserer politischen Grundsätze zu erblicken haben. Der Herr Reichskanzler hat unter dem Ansturm des Liberalismus einen Systemwechsel vollzogen. Der Wahlkampf ist geführt worden, um eine Mehrheit des Reichstags für diesen Systemwechsel zu gewinnen. Deshalb ist der Wahlkampf in erster Linie gegen das Zentrum und mit besonderer Leidenschaftlichkeit von den Liberalen geführt worden. Daß wir trotzdem in der Stichwahl für die Liberalen eintreten sollen, das konnte niemand im Ernst von uns verlangen. Wenn die Zentrumsmitglieder in einzelnen Fällen weiter gegangen sind, und nach den besonderen örtlichen und namentlich nach den besonderen persönlichen Verhältnissen in dem liberalen Kandidaten den gefährlicheren Gegner erblicken zu müssen geglaubt und deshalb für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben, so ist das erklärlich, und es kann ein Vorwurf gegen die Partei daraus nach unserer Überzeugung nicht abgeleitet werden. Zu einem solchen Vorwurf ist nach unserer Überzeugung namentlich der Herr Reichskanzler nicht berechtigt, der durch die Auflösung des Reichstags eine solche Lage geschaffen hat, und noch weniger haben Anlaß zu einem solchen Vorwurf diejenigen Parteien, die selbst mit den Sozialdemokraten Wahlbündnisse abgeschlossen oder abzuschließen versucht haben. Ist das denn etwas Neues, daß auf liberaler Seite mit den Sozialdemokraten ein Wahlbündnis abgeschlossen worden ist? Wenn der Herr Reichskanzler Anlaß zu haben glaubt, uns aus einem vereinzelt zusammengehen mit der Sozialdemokratie bei den letzten Stichwahlen einen so schweren Vorwurf zu machen, wenn er ausgeführt hat, daß unsere christliche Überzeugung es unmöglich machen sollte, einen Sozialdemokraten zu wählen, dann frage ich: Sollte es auch nicht einem Nationalliberalen die nationale und patriotische und monarchische Gesinnung unmöglich machen, für einen Sozialdemokraten zu stimmen und mit den Sozialdemokraten ein Bündnis abzuschließen? Wenn die Nationalliberalen trotzdem zu Wahlbündnissen gekommen sind, dann lag das in den Verhältnissen, mit welchen die Partei rechnete. Dieselben Gründe, die Sie zu den Wahlbündnissen geführt haben, liegen bei uns auch vor. Sie haben kein Recht, uns einen Vorwurf zu machen. Wir wollen auch Ihnen keinen Vorwurf machen.

Ich will nur konstatieren, daß es ein Stück politischer Heuchelei ist, wenn man daraus dem Zentrum durchaus einen Vorwurf machen will, was zahlreiche andere Parteien getan haben.

Reichstagsrede vom 28. Februar 1907.

Reaktionäre Stichwahltricks.

Die Stichwahlen sind diesmal so verschiedenartig angelegt worden, daß man an die seltsamste Wirren glauben könnte, wenn nicht eine seltene Betrachtung gerade im Gegenteil beweise, daß in der an-

scheinenden Systemlosigkeit das denkbar perfideste und arglistigste System liegt. Wenn z. B. für eine Anzahl Wahlkreise bereits der 20. Januar zum Stichwahltermin anserkoren ist, so läßt sich aus der Tatsache, daß es sich hier um vorwiegend ländliche Wahlkreise mit nur schwacher Industriebewölkerung handelt, darauf schließen, daß man hier die Stichwahl so sehr beschleunigt hat, um die Chancen für die daran beteiligte Sozialdemokratie möglichst zu verschlechtern. Die betreffenden Wahlkreise, speziell in der Provinz Brandenburg, liegen so entfernt von der Großstadt, daß es große Schwierigkeiten bereitet, sie bis zu dem bereits am nächsten Sonnabend anstehenden Stichwahltag noch einmal gründlich zu bearbeiten. Von den in den Wahlkreisen selbst liegenden Städten aber weiß man, daß die dort vorhandene sozialdemokratische Wählerzahl kaum in der Lage sein wird, an Werktagen die erforderliche Wahlarbeit übernehmen zu können. Aber darauf ist es ja gerade abgesehen. Man will die Sozialdemokratie verhindern, für die Stichwahl alles gründlich zu organisieren. Trotzdem dürfte der arglistige Schachzug den erhofften Erfolg nicht haben, denn die Sozialdemokratie wird alles aufbieten, um der Reaktion, die das saubere Pflänzchen ausgeheckt hat, eine gründliche Enttäuschung zu bereiten! Immerhin ist es ein Unfug sondergleichen, daß die amtlichen Organe es überhaupt mit einer derartigen durchsichtigen Wahlmaschine versuchen!

Sehr interessant ist auch folgendes Faktum. In zwei Kreisen des Regierungsbezirks Liegnitz, nämlich in Grünberg-Freystadt und Sagan-Sprottau wird die Stichwahl bereits am 20. Januar stattfinden, in Sagan-Liegnitz und Lauban-Görlitz dagegen erst am 22. Januar. Wie hübsch man das eingesädet hat, ergibt sich daraus, daß in den beiden erstgenannten Wahlkreisen die Sozialdemokratie mit den Konservativen in Stichwahl kommt, während der Freisinn den Ausschlag zu geben hat. In den beiden letztgenannten Wahlkreisen dagegen kommt es zur Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Freisinn, wobei die Konservativen das Jünglein an der Wage bilden. Man will dergestalt also dem Freisinn Daumenschrauben anlegen: Stimmt er in Grünberg und Sagan für den Sozialdemokraten, so würden — sofern wenigstens die konservativen Drohungen ernst zu nehmen wären — in Liegnitz und Görlitz die Konservativen dem Freisinn die Stichwahlhilfe verweigern und damit dem Sozialdemokraten zum Siege verhelfen.

Wäre es dem Freisinn erst mit seiner Bekämpfung des schwarz-blauen Blocks, so würde ihn die Haltung der Konservativen nicht im geringsten taugieren. Denn in jedem Falle würde ja der Schnapsblock zwei Mandate verlieren! Aber die Konservativen trauen offenbar dem Freisinn soviel Prinzipienfestigkeit nicht zu — darum das frühere Ansehen der Wahlen in Grünberg und Sagan, das nichts als die Einschüchterung des Freisinns bezweckt!

Ob der Freisinn den Schnapsblockbrüdern in die Falle gehen wird?

Liberalismus in Zentrumsbeleuchtung.

Das „Düsseldorfer Tagebl.“ schrieb am 25. Januar 1907 über Wesen und Wirken des Liberalismus:

„Siehen wir einmal die Bilanz des Liberalismus — stellen wir gegenüber, was er versprochen und was er geleistet hat!“

Der Liberalismus versprach, die Arbeit frei zu machen — und beugte sie unter das Soch des Kapitals; er verhielt die Arbeitskräfte zu entfesseln — und schlug sie in die Fesseln des Glucks und der Not;

er wollte den hörigen Arbeiter von der Scholle loslösen — und machte aus ihm den heimatlosen Proletarier;

er versprach dem Handwerker Freiheit vom Hungerzwang — und gab ihm die Freiheit zu verhungern; er verhielt Wohlstand der Gesellschaft — und schuf den klaffenden Gegensatz vor darbenenden Millionen und einigen im Überfluß lebenden Millionären;

er versprach dem Verdienste seine Anerkennung — und machte Kunst und Wissenschaft dem Besitze untertan;

er wollte die Bildung zum Gemeingute machen — und machte sie zum Vorrechte des Reichtums;

er strebte die Beseitigung der Privilegien und Monopole an und erlebte sie durch das Kleinstmonopol des Kapitals;

er verhielt schrankenlose Freiheit und brachte Millionen in die schmachvollste Knechtschaft; er verhielt Freiheit im Denken und Lehren und brachte neben der Spatriierung der Orden und dem Rangparagrafen die lange Reihe der Kulturkampfgesetze und das Sozialistengesetz mit Tausenden von Blicher- und Zeitungverboten und Ausweisungen mißliebiger Personen.

„An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen.“

Wahrlich, wer die vorstehend geschilderten Früchte des Liberalismus betrachtet, muß sich mit Abscheu von den liberalen Grundrissen abwenden; er muß sich mit heiligem Zorne abwenden von den Liberalen, die sich in ihrem dünkeln Hochmuth die Generalpäpste der Bildung dünken und hoffärtig herniederblicken auf die breite Masse des Volkes, die in mühseliger Arbeit rechtlichaffen sich ein kümmerliches tägliches Brod verdient.

Fürwahr, der Liberalismus hat lange und schwer sich vertheidigt an unserm Volke — am Bauern wie am Arbeiter, am Handwerker wie am Kaufmann, am Wohle des Gesamtvolkes.“

Die Reichstagswahl.

Den allgemeinen Antisozialistenblock

erleht der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“, die Organisation der Großindustriellen, Großagrarien und Kühlungspatrioten. Das zeigt genügend, wessen Interessen durch diesen Antisozialistenblock gebildet wäre. Die deutschen Wähler aber haben doch schon zum großen Theil gelernt, die Frage zu stellen: Wem nützt es?

Politische Rundschau.

Deutschland.

Es ward nichts aus dem großen Drei!

Aus Berlin wird gemeldet: Unterstaatssekretär Wahnschaffer hatte heute vormittag Unterredungen mit den Führern der bürgerlichen Parteien unter Ausschluß der Fortschrittlichen Volkspartei. Diese hatte es abgelehnt, sich an den Besprechungen zu beteiligen. Eine allgemeine Konferenz mit den bürgerlichen Parteien ist daher nicht zustande gekommen.

Den Fortschritt kann das in der öffentlichen Meinung nur rehabilitieren.

Koalitionsrechtsraub als Präfixein.

Über die Absichten der Bethmannschen Regierung hört die „Neue Gesellschafts-Korrespondenz“, daß dem neuen Reichstage bald nach seinem Arbeitsbeginn der Entwurf zu einem Gesetz über den Schutz Arbeitswilliger gegen den Streik-Terrorismus vorgelegt werden soll, — damit gewissermaßen die Probe auf das Exempel gemacht werde, ob sich in dem neuen Reichstage eine Mehrheit für nationale Aufgaben finden wird.

Es ist erfreulich, das zu hören! Die Wähler werden jedenfalls dafür sorgen, daß die Probe ein sehr negatives Ergebnis liefert.

Die Konservativen gegen den Fortschritt.

Die konservative Partei veröffentlicht folgende parteioffizielle Erklärung:

„Der Zentralvorstand der Deutsch-konservativen Parteien ist in den letzten Tagen unter Mitwirkung der Regierung bemüht gewesen, unter den bürgerlichen Parteien eine Verständigung über ein gemeinsames Handeln bei den bevorstehenden Stichwahlen gegenüber der Sozialdemokratie auf allgemeiner Grundlage zustande zu bringen. Das Vorhaben trotz des gewaltigen Ernstes der Lage an mangelndem Entgegenkommen der Fortschrittlichen Volkspartei gescheitert. Wir müssen daher unsere Wahlkreisvorsitzenden und alle Parteifreunde im Lande auffordern, in den Stichwahlen, wo nicht Sonderabkommen zwischen einzelnen Kreisen auf ausreichender Grundlage vollwertiger Gegenseitigkeit zustandekommen sollten, gegenüber den liberalen Kandidaten, die sich nicht überall zu einem Einreten gegen jede Schwächung der verfassungsmäßigen Rechte, der Kaiser Gewalt, für völlige Sicherstellung eines ausreichenden Zollschutzes für Landwirtschaft und Industrie und für Sicherung der bürgerlichen Gesellschaft und des einzelnen gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie verpflichtet, Stimmhaltung zu empfehlen und auszuüben.“

Zur Stichwahl

gibt die „Volksgaz.“ folgende Parole aus:

„Wer in der Hauptwahl gegen den schwarz-blauen Block gestimmt hat, der muß in der Stichwahl den Kampf zu Ende führen. Noch ist der schwarz-blau Block nicht vernichtet. Einem Konservativen, einem Ultramontanen oder einem Kandidaten, der mit den Konservativen oder dem Ultramontanen Mandatschacher treibt, mit dem Reichstagsdiäten Lebensinteressen des deutschen Volkes zu opfern, einem solchen Kandidaten kann kein Gegner des schwarz-blauen Blocks seine Stimme geben.“

Der Kampf gegen rechts.

Die Angst vor dem roten Geipenst, die manchem Liberalen wie eine Krankheit in den Gliedern steckt, wird auch von dem reißerischen Stuttgarter „Beobachter“ bekämpft. Das Blatt fordert das Bürgertum auf, sich durch den Ausfall der Wahlen nicht von der beschrittenen Bahn abbringen zu lassen.

„Das Bürgertum muß sich mit energischem Ruck zu neuem Kampf gegen rechts rüsten. Die Mehrheit des schwarz-blauen Blocks muß auf jeden Fall verhindert werden, indem in den 87 Stichwahlen, an denen die Konservativen und das Zentrum beteiligt sind, der Kandidat der Linken, soweit ein solcher in Betracht kommt, von dem „Block von Bismarck bis Bebel“ herausgehauen wird.“

Die Volkspartei hat keine Veranlassung, den Konservativen irgend etwas zu Liebe zu tun; sie hat aber auch kein materielles Interesse daran. Von den 56 Stichwahlen, in denen sie steht, hat sie 24 gegen die Sozialdemokratie, 25 gegen die Konservativen und 4 gegen das Zentrum zu verteidigen. Es ergibt sich der Kampf gegen die Blauschwarzen also ganz von selbst. Die Nationalliberalen freilich stehen 36mal in der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie; aber ihr Führer Bismarck hängt in Saarbrücken von sozialdemokratischer Stichwahlhilfe ab und den Liberalen ist die Möglichkeit gegeben, dem Zentrum eine Reihe von Sitzen im Rheinlande mit sozialdemokratischer Unterstützung zu nehmen.“

Trotzdem sind allerdings die Nationalliberalen hier und da bereits zu Volksverrättern geworden. Sie unterstützen, um nur ein Beispiel anzuführen, in Potsdam den Oberbürgermeister Vosberg, den Kandidaten der Konservativen, des Bundes der Landwirte und des Zentrums, gegen den sozialdemokratischen Kandidaten!

Mehr Marinelaften!

An einmaligen Ausgaben enthält der Etat die Forderung der Formierung eines dritten (Reserve-) Geschwaders, von dem bisher — mit Ausnahme der Stollenhauptmanns — nur immer zwei Stammschiffe unter der Flagge waren. Zur Formierung dieses dritten Geschwaders sollen auf der Nordsee Station die vier Schwesterchiffe der Wettinklasse, auf der Ostsee Station die vier der älteren Kaiserklasse herangezogen werden. Das Schiffsmaterial für das dritte Geschwader ist mithin vorhanden. Aber die Personalvermehrungen der nächsten Jahre werden für die Stäbe und die Besatzungen der Linienschiffe beanprucht werden. Schon in dem letzten Jahre mußten die erforderlichen Mittel für die Indiensthaltungen bei der Hochseeflotte ständig um durchschnittlich 3 Millionen Mark für jedes Jahr erhöht werden, da dies die Einstellung der neuen Dreadnoughts in die Flotte erforderte. Treten zu dieser Steigerung, da bis auf weiteres in jedem Jahre drei Dreadnoughts der Flotte zugeführt werden, noch die vermehrten Indiensthaltungen für das dritte Geschwader hinzu, so werden die dauernden Kosten für die Indiensthaltungen eine Steigerung erfahren, wie sie bisher überhaupt noch nicht zu verzeichnen gewesen ist. Für den Unterseebotsbau kamen in den letzten Jahren je 15 Millionen Mark zur Einstellung in den Etat. Für diese Summe konnten in jedem Jahre vier neue Unterseebote dem Frontdienst zugeführt werden. Jetzt soll ein schnelleres Tempo in dem Unterseebotsbau eingeschlagen werden, und der neue Marineetat sieht auch schon weitere Vorbereitungen für diesen Zweck bei der Danziger Marinewerft vor, die sich vor allem mit dem Bau von Unterseeboten befaßt. An der Jahreswende kamen 16 Unterseebote für den Frontdienst in Frage. Bei dem weiteren Ausbau soll vor allem auch die Nordsee Station eine Unterseebotsflotte erhalten, da sich bisher die Indienststellungen für diese Spezialwaffe nur auf die Kieler Station bezogen.

In der „Täglichen Rundschau“ wird die Vermutung aufgestellt, daß die Regierung auf die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Deszendenten zurückgreifen wird, da die Deszendentensteuer allein so viel einbringen würde, um die neuen Erfordernisse zu decken. Kürzlich hieß es bekanntlich, daß die Kosten der Wehrvorlagen durch Zuschläge zur Einkommensteuer aufgebracht werden sollten. Es versteht sich von selbst, daß beide Maßnahmen nur auf Vermutungen beruhen. Die gemeinliche Voraussetzung ist in beiden Fällen, daß der neue Reichstag einer weiteren Anziehung der indirekten Steuer schraube ablehnend gegenübersteht. Bekommt er wieder eine blauschwarze Mehrheit, dann wird auch diesmal der Mehrbedarf im Reich durch Steuern auf den Massenkonsum gedeckt werden. Hierin liegt, so bemerkt mit Recht das „B. L.“, eine sehr dringende Mahnung für jeden freiheitlich gerichteten Wähler, soweit er bei den Stichwahlen noch einmal zu kämpfen hat, sich der Notwendigkeit zu erinnern, an der Niederwerfung des blauschwarzen Blocks mitzuwirken. Besser bewahrt als beklagt!

Das Zentrum schämt sich seiner demokratischen Vergangenheit.

Man feiert gegenwärtig den 100. Geburtstag des berühmten Zentrumsgründers und -führers Ludwig Windthorst. Damit wird in unangenehmer Weise an die bessere Vergangenheit der Zentrumsleute erinnert, was denen genau so peinlich ist, wie manchen Liberalen. Deshalb gehen sie darüber gern mit Schweigen hinweg. So veröffentlicht z. B. Hermann Carbauns, der frühere Chefredakteur der „Kölnischen Volkszeitung“, in diesem Blatt Erinnerungen an Windthorst, die dem neuen Charakter des Zentrums als „der“ regierenden Partei sehr vorsichtig Rechnung tragen. „Näher getreten war ich ihm früher schon, namentlich bei den berühmten Kölner Vorgängen im Septennatsjahr 1887, die ich hier übergehe,“ heißt es an einer Stelle. Natürlich, an den Oppositionsführer Windthorst darf man die Zentrumsleute heute doch nicht mehr erinnern. Spärlich sind die Mitteilungen aus Briefen Windthorsts; eine Stelle, vom 5. November 1888, lautet:

„Die Erfahrung, welche ich bei ... gemacht, haben mich im höchsten Maße deprimiert. Ich beihärtige mich von neuem ernsthaft mit dem Gedanken, dem Räte meines Arztes zu folgen und aus dem öffentlichen Leben zurückzutreten. Ich will diesen stillen Kampf, der gegen mich ... geführt wird, nicht länger ertragen; mögen die Herren es dann allein versuchen. Sie sind dann den Demokraten los.“

Das denken sie im stillen wohl auch, die Wahlmacher des Zentrums, die ihre Leute schon im ersten Wahlgange den Feudalisten der Feudalen, den Oldenburg und Heydebrand zuführten: Gott sei Dank, daß wir „den Demokraten“ los sind.

Gegen die Schwarzblauen!

Der nationalliberale „Hamburger Correspondent“ veröffentlicht nachstehenden Artikel des als Schriftsteller hochangesehenen Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrats Dr. Adolf Matthias, früher Vortragender Rat im Preussischen Kultusministerium:

„Für wenige Tage trennen uns noch von den Stichwahlen, die für fünf Jahre unseres Volkes politisches Schicksal bestimmen werden. Da ist es nötig, daß vor allem die Liberalen, denen die schwierigste Lage bei den bevorstehenden Stichwahlen zufällt, die aber auch die einflußreichste Stellung im neuen Reichstag gewinnen können, ihr Ziel klar ins Auge fassen und mit kriegerischer Rücksichtslosigkeit verfolgen. Die nächsten Tage ist aller Landfriede aufgehoben; die Parole muß bei all unseren Entschlüssen lauten: c'est la guerre! — Und dieser rücksichtslose Kampf muß gegen den schwarzblauen Block gerichtet sein. Sein ausschlaggebendes Alleinregiment muß beseitigt werden.“

Wir können unmöglich fünf Jahre weiter an politischem Nisthma leiden unter dem Druck dieses Blockes, und — sagen wir es einmal rund heraus — die Regierung kann es auch nicht; denn wenn dieser schwarzblaue Block weiter im parlamentarischen Regimente sitzt, dann regiert sie nicht mehr, sondern sie wird regiert, und zwar von Parteien und Parteiführern, die zum großen Teile ihre persönlichen, ihre konfessionellen, ihre finanziellen Interessen zum Zwecke haben und die ihre Herrschaft absoluter ausüben, als je ein absoluter Monarch seine Untertanen vergewaltigt hat. Dieses Blockes Herrschaft muß gebrochen werden.“

Man kann es sich nicht oft genug vergegenwärtigen, was wir an diesem Blocke für ein Unglück haben. Es ist doch geradezu eine historische Ohrfeige für Deutschland, daß das loyale, hochgebildete, im Handel und Verkehr fast weltbeherrschende deutsche Volk, das vorwärts strebt auf allen Gebieten geistiger und materieller Arbeit, daß dieses Volk beherrscht wird von einer Parteibrüderschaft, die unserer geschichtlichen Entwicklung den Krebsgang zuweisen möchte, in welcher der eine Bruder, wie der hinter uns liegende Wahlkampf wiederholt in widerwärtigen Äußerungen bewiesen hat, den Namen Gottes auf dem lauten Markte politischer Kämpfe mißbraucht hat und das Christentum zum Deckmantel politischer Bestrebungen genommen hat. Denken denn die Konservativen gar nicht daran, wie unter Heldenkönig und Kaiser bei seinem Regierungsantritt eine solch blasphemische Politik als im hohen Grade verachtenswert bezeichnet hat? Und treibt ihnen denn die Bundesgenossenschaft nicht die Schamröte ins Gesicht, wenn sie bedenken, welche unerhört scharf verletzende und verheerende Worte gegen unsere deutschen Reformatoren von Rom aus gefallen sind? Ist es ihnen möglich, die schwarzblaue Brüderschaft weiter festzuhalten fünf Jahre lang genau bis zum Jubelfeste der Reformation? Fast sieht es so aus, als ob sie in dieser Stellung eine merkwürdige Vorbereitung läßen auf die große Feier, die sie doch auch aus vollem Herzen mitbegehen wollen. Anstatt mit den Sozialdemokraten zu Gericht zu gehen, sollten die Konservativen über sich selbst zu Gericht sitzen. Sie sind die besten Brüder auch nicht. Für die Liberalen kann es deshalb gar kein anderes Ziel geben, als die Alleinherrschaft dieses Blockes mit allen Mitteln zu bekämpfen.“

Nach andere Gründe müssen die Liberalen zwingen, rücksichtslos dem herrschenden Block entgegenzutreten. Wir wollen doch nicht vergessen, daß in den nächsten Tagen an dem Schlachtfeld von Philipp gekämpft wird. Treue ist immer eine der schönsten Eigenschaften des deutschen Volkes gewesen. Wer diese Treue gebrochen hat, wer Felonie geübt hat gegen den alten Block und gegen den Fürsten Bülow, das wollen wir doch nicht vergessen; es muß jetzt Vergeltung geübt werden! Auch aus politischer Klugheit! Denn schon lange vor jener Felonie hat der Parteiführer der einen Hälfte der schwarzblauen Brüderschaft die seine Kunst meisterhaft verstanden, die Liberalen bei allen Kompromissen, auf die sie sich dumme Weise eingelassen haben, gründlich über den Löffel zu barbieren. Und wer Augen hat zu sehen, dem entgeht doch nicht, daß diese Kunst jetzt ebenso meisterhaft am Zentrum ausgeübt wird. Dieses Löffelbarbierens Einfluß muß vor allem gebrochen und für alle Zukunft beseitigt werden. Dann wird erst die politische Atemnot, die jetzt unter Volk beengt, von uns genommen werden.“

C'est la guerre! sage ich noch einmal. Wer in politischen Kämpfen Edelmut aus Rücksicht auf den Gegner zeigt, der ist ebenso zu verlachen und geradezu zu verachten wie der Soldat, der aus Edelmut seinen Gegner nicht niederzwingt, wie und wo er sich seiner erwehren kann. Wer anders denkt, gehe in das erste beste Strickwarengeschäft und kaufe sich eine Nachtmütze, die er sich über Mund, beide Augen und beide Ohren ziehen mag. Denn er verdient es nicht mehr mitzusprechen, mitzuhören, mitzusehen in der Welt der politischen Vernunft. Also feste und geschlossene Front gegen den schwarzblauen Block. Friedrich der Einzige hat einmal an seinen Geandten nach Petersburg geschrieben: „Es ist ein allgemeiner Grundgedanke in der Politik, daß man die Dinge niemals halb tun darf!“ „Es geht aus der Gange!“ hat ein großer Politiker der Gegenwart gelagt. Lassen wir Liberalen es nur recht mutig aus der Gange gehen, d. h. gegen das Ganze des schwarzblauen Blocks.“

Friedrich der Große hat ein andermal nach London geschrieben: „Wenn man glaubt, man wolle sich meiner bedienen wie der Krallen der Rabe, um die Kohlen aus dem Feuer zu holen, täuscht man sich gewaltig.“ Sorgen wir dafür, daß unseren konservativen Gegnern ein für allemal klar gemacht wird, daß die Liberalen für allezeit darauf verzichten, die Rolle der dummen Rabe zu spielen und in diejenige

Wahlkampfe sich zu ihrem Schaden die Finger zu verbrennen. Um noch ein letztes Wort Friedrichs des Einzigen zu gebrauchen: „Jeder Mensch kommt durch die Umstände in die Lage, von anderen geäußert zu werden; aber nur Dummköpfe lassen sich immer auf dieselbe Weise dükieren.“ Tatsächlich sind die maßgebenden Persönlichkeiten der liberalen Parteien wiederholt die Dupierien gewesen. Ihre Sache und die Sache aller Liberalen ist es, nicht auch bei diesen Stichwahlen wiederum sich dükieren zu lassen. Darum keine Wahlmetaphysik treiben, sondern Wahlmathematik. Und die sagt uns, als vollkommen untrügliche Wahlziel zu nehmen: Fort mit der aufliegenden Herrschaft des schwarzblauen Blockes, die uns auch im Auslande und vor allem unter den handeltreibenden und erwerbstätigen Deutschen im Auslande geradezu Verachtung einbringt. Geibel würde heute eben so wie in den schlimmsten Tagen der Reaktion singen:

Das treibt das Blut mir heiß ins Angesicht,
Daß, wo ich schweifen mag in fremdem Lande,
Ich hören muß des deutschen Mannes Schande,
Und darf nicht sagen, daß man Lüge spricht.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 18. Januar.

Achtung, Müller, und Mühlenarbeiter! Wegen Aufregung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grünmühle S. und J. Brüggan, Hafenstraße, die Arbeit eingestellt. Zutritt ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Die Versammlung der Bürgerchaft, die am Montag dem 22. Januar 1912, abends 6 Uhr, stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Wahl der Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlage, betreffend Bedingungen für die Abgabe von Drehstrom und Errichtung einer Verteilungstelle in der Genier Straße. II. Anträge des Senates: 1. Verleihung des Enteignungsrechtes für Grundstücke an der Luisestraße. 2. Erlaß abändernder Bestimmungen zu dem über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts mit der Großherzoglich Oldenburgischen Regierung abgeschlossenen Staatsvertrage vom 29. 30. September 1878 sowie eines Nachtrages zu dem Gesetze vom 21. April 1879, die Gehalte der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten betreffend. 3. Erlaß eines Gesetzes über die Haftung des Staates und anderer Verbände für ihre Beamten. 4. Ausbau des Glasbüttenwesens sowie einer Verbindungsstraße zwischen diesem und der Luisestraße. 5. Wiederherstellung der durch Niedrigwasser beschädigten Uferbefestigungen. 6. Genehmigung von 17 013,25 Mk. zur Deckung der durch die Erhöhung der Löhne der Arbeiter der Baudeputation entstehenden Mehrkosten. 7. Herstellung von Radfahrwegen im Rechnungsjahre 1912. 8. Gewährung einer Staatsbeihilfe für die Rechnungsjahre 1912, 1913 und 1914 an die Jentische Freischule. 9. Ankauf des Roquetteischen Schulgrundstücks Königstraße Nr. 15. 10. Zulassung der Pensionsberechtigung an den Oberlehrer Dr. Gustav Reimann als Mitleiter der v. Großheimischen Realschule. 11. Legung eines Gashauptrohres in der äußeren Fadenbürger Allee. 12. Versorgung der Lübecker Straßenbahn mit elektrischer Energie. 13. Errichtung einer Verteilungstelle für elektrische Energie in Schlutup. 14. Überdachung der Viehverladerrampe. 15. Abänderung der Verordnung vom 21. November 1903, betr. die Einführung von Wassermessern. 16. Nachbewilligung auf die Baukosten des Neuen Stadttheaters. 17. Wasserversorgung des Anbiedlungsgebietes Kücknig. 18. Austausch von Grundstücken in Travemünde mit der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft. 19. Erwerb des Eigentums an Erbpachtstellen in Krempeisdorf durch die Firma Hübner u. Co., S. m. b. H. 20. Verkauf eines Areals an die Firma Drägerwerk, Heinrich und Bernhard Dräger. 21. Errichtung einer Seebadeanstalt auf dem Arimal bei Travemünde. 22. Vermietung der Strandförbe in Travemünde. 23. Verkauf des Grundstücks An der Untertrade Nr. 1 und eines Teiles des Grundstücks An der Untertrade Nr. 3 a an den Verein Lübecker Seemannsheim. 24. Verlängerung der Geltungsdauer der Gebührensätze für die Güterbeförderung nach den Kanalgleisen. 25. Zulassung der Schlutuper Filiale der Lübecker Privatbank zur Stempelverpflichtung. 26. Verwendung der für den Ausbau des Vorwerker Friedhofs bis 1916 vorgesehenen Mittel. 27. Umwandlung der Stelle des Fischereiaufsichters in Travemünde in eine etatsmäßige. 28. Abänderung der Bekanntmachung vom 19. März 1877, die Beihilfe des Staates zu den Kosten der Armenunterstützung für Forstarbeiter und Angehörige derselben betreffend. III. Eingabe des Vereins für Frauenstimmrecht und weiterer Vereme, betr. Einführung von Pflichtfortbildungsschulen für die weiblichen gewerblichen und kaufmännischen Lehrlinge. IV. Antrag von Heinrich John: Die Bürgerchaft erlucht den Senat, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die amtlichen Bekanntmachungen getrennt von einer Tageszeitung für sich herausgegeben werden können.

Von der Reichstagswahl. Vom Statistischen Amt wird uns geschrieben: Nach der amtlichen Ermittlung des letzten Wahlergebnisses sind 72 ungültige Stimmen abgegeben. 3 davon sind zu Unrecht für ungültig erklärt: die Stimmzettel waren nämlich vollkommen in Ordnung und haben wohl nur deshalb bei den Wahlvorständen keine Gnade gefunden, weil niemand den Träger des Namens kannte. Das ist selbstverständlich kein Grund. Aber es lag im Beschluß von Wahlvorständen vor und derartige Beschlüsse können nur vom Reichstag aufgehoben werden. Mit den übrigen 69 Stimmen war es folgendermaßen bestellt: 17 Umschläge waren leer. 9 Wähler hatten ein weißes Stück Papier abgegeben und 8 mehrere Personen gewählt: einer alle 3 Kandidaten. Die übrigen 88 Wähler hatten Stimmzettel mit durchstrichenen Namen abgegeben und zwar der Name Klein 30mal, der Name Schwarz 6mal und der Name Behrens 2mal durchstrichen. — 29 Wähler haben für ihren Kandidaten 2 und mehr Stimmzettel abgegeben, müssen also gehofft haben ihm dadurch zu nützen; man sieht, daß die naiven Leute nicht alle werden. Die Wahlvorstände haben wieder vielfach gegen das Reglement verstoßen; so nahmen verschiedene Wahlvorsteher ihre Weißer aus einem fremden Wahlbezirk, was nicht zulässig ist, usw.

Streik! Das Amtsblatt schreibt, vielleicht unter der Einwirkung schwächer innerer Kräfte, die den Stenotypen vertrauen, sich selbst zu vergiften: „Es ist zu bedenken, daß u. G. die Zentrumswähler unter den Arbeitern offensichtlich einem fatalen Irrtum in die Arme

gefallen sind. Wie es so beim Zentrum geht, scheinen sie die Weisung von der üblichen „aufständigen“ Stelle erhalten zu haben, „Schwarz“ zu wählen. Sie aber hatten verstanden, „Schwarz“ zu wählen. Wenn sich auch das bestätigen sollte, so hätte Lübeck mit der Kandidatur Behrens ein hübsches Kuriosum erlebt, bei dem dann der Zufall seine verhängnisvolle Rolle zugunsten der Sozialdemokratie gespielt hätte.“ Der Verfasser dieser Satze sollte sich die Kaiserhude des nächsten Volksfestes sichern! „Das ist die Höhe!“ — sagt Bethmann.

Ein völlig ungefehltes Verfahren gestaltete sich, wie auch bei der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses hervorgehoben wurde, der Wahlvorsteher in Niendorf (Wid.), indem er zwei in der Liste stehende Wähler (Arbeiter) nicht zur Abstimmung zuließ, weil sie nach dem 1. Januar von Niendorf nach Molsling verzogen waren. Dazu hatte er natürlich absolut kein Recht; für ihn war einzig die Wählerliste maßgebend, und in diese waren die Leute ordnungsmäßig eingetragen. Nun hat er die beiden Wähler um ihr gutes Recht gebracht und einem Kandidaten zwei Stimmen widerrechtlich vorenthalten. — Im 2. Bezirk hatte man nach Abschluß der Listen zwei Wähler, die bis zum Wahltage gefordert waren, gestrichen. Auch das ist unzulässig, wenngleich es am Wahlergebnis nichts ändert. — Im 49. Bezirk konnten verschiedene Wähler, Seehauseninsassen, nicht wählen, weil sie nicht in der Liste standen. Da sie jedenfalls die Liste nicht eingesehen und ihre Nachtragung nicht beantragt haben, ist dagegen nichts zu machen. Solche Wähler berauben sich durch die Vernachlässigung selbst ihres Rechtes!

Bevölkerungsbewegung im läbeckischen Staate während des Jahres 1911. Die Zahl der Eheschließungen betrug 65 (1910: 46), die der Lebendgeburten 244 (251), und die der Sterbefälle 188 (170). Der Geburtenüberschub belief sich demgemäß auf 106 (81). Uneheliche Geburten kamen 81 (88) mal vor. Totgeburten wurden 4 (5) mal registriert.

Konkursöffnung über das Vermögen der Firma Lübecker Zentralheizungsabrik „Phönix“ Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck, Johannisstraße 70, ist am 16. Januar 1912, nachmittags 12 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Dr. Landau in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

pb. Hühnerdiebstahl. Aus einem in der Nähe der Hohenzollernstraße auf einem Acker belegenen Hühnerstall sind in der Nacht vom 16. zum 17. ds. Mts. 3 Hühner, und zwar 2 weiße und 1 gelbbrustiges, gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet worden.

pb. Entwendete Legitimationspapiere. Der Chauffeur Arthur Heinrich Carl Krebs, geboren am 7. Juni 1887 in Hamburg, zeigte an, daß ihm nachstehende, auf seinen Namen lautende Legitimationspapiere abhanden gekommen und vermisst worden seien: 1 Militärpaß, 2 Fahrtscheine als Führer von Kraftfahrzeugen im Mobilmaschinenstalle, ausgestellt in Hamburg, 1 Zeugnis, ausgestellt vom Verkehrsamt in Köln, 1 Zeugnis, ausgestellt vom Kommando des 5. Grenadier-Regiments in Danzig und ein Anmeldechein für Lübeck.

pb. Warnung vor einem Schwindler. Seit einigen Tagen tritt hier ein ehemaliger Reise-Inspizitor einer größeren Margarinefabrik als Schwindler auf. Er spiegelt seinen Opfern vor, er sei noch ein Angestellter der Margarinefabrik, und verschafft sich auf diese Weise Kredit. Er heißt Willy Röttger aus Hamburg. Es wird vor ihm gewarnt.

pb. Kleiderdiebstahl. In der Zeit vom 16. ds. Mts. nachmittags bis zum 17. ds. Mts. abends sind aus einem Hause der Bercevalstraße folgende Sachen gestohlen worden: 1 neuer schwarzer Gehrock, 1 braunfarbener Jacketanzug, 1 dunkelgrüner einreihiger Überzieher mit Tuchtragen, 1 grauer Ulster mit Sammetragen und 1 Paar Stiefel.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Infolge plötzlicher Erkrankung des Herrn Viktori kann die für heute Donnerstag angelegte Aufführung von Verdis Oper „La Traviata“ nicht stattfinden. Dafür geht Jarnos Operette „Das Muzikantenmädchen“ in Szene.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Freitag geht Richard Strauß Oper „Der Rosenkavalier“ in Szene. Am Sonnabend kommt bei gewöhnlichen Opernpreisen anlässlich eines Gastspiels von Frau Martha Winternitz-Orda von Hamburger Stadttheater Gounods große Oper „Margarethe“ zur Wiederholung. Frau Winternitz-Orda, welche die Margarethe zu ihren glänzendsten Partien zählt, steht hier noch von ihrem Gastspiel als Elisabeth anfangs dieser Spielzeit in bester Erinnerung. Für Sonntagabend befindet sich die reizvolle Operette „Daphne in der Unterwelt“ von Offenbach in Vorbereitung.

Schwartau. Der Sozialdemokratische Verein in Schwartau-Kenjesfeld hält am Freitag, dem 19. Januar 1912 im Volkshaus „Transvaal“ seine Mitgliederversammlung ab. Da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist und u. a. die bevorstehende Stichwahl auf der Tagesordnung steht, ist ein Erscheinen sämtlicher Genossen und Genossinnen dringend notwendig.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet am Freitag, dem 19. Januar, abends von 5 bis 8 Uhr, im Lokale des Herrn Pinkert, „Gasthof Transvaal“, statt.

Storfeldsdorf. Zur Stichwahl. Die Parteigenossen, die bereit sind, zur Stichwahl mitzuarbeiten, werden ersucht, sich am Freitagabend bei Herrn Raetau einzufinden. Wir erwarten, daß sich recht viele Genossen einfinden.

Hamburg. Die Wahlrechtsräuber für das Zuchtgefangnis. In der gestrigen Bürgerschaftssitzung wurde der Antrag der Liberalen Sieverts und Gen., den Senat zu ersuchen, im Bundesrat die in Aussicht gestellten Anträge der königlich sächsischen Regierung tunlichst zu unterstützen, die einen besseren Schutz der Arbeitswilligen durch Ergänzung und Änderung der einschlägigen reichsgesetzlichen Bestimmungen bezwecken, insbesondere auch auf ein Verbot des Streikpostenstehens hinzuwirken, mit 82 gegen 41 Stimmen angenommen.

Das klärt die Lage! Auf die Einzelheiten kommen wir noch zurück.

Hamburg. Die Not der Kälte. „Es gibt Kunsthallen, es gibt Musikhallen, es gibt Verhallen und es gibt Reichhallen, aber Warmhallen für frierende Menschen gibt es nicht. Es werden Tausende von Mark für Maskeraden und andere Vergnügungen ausgegeben; an die obdachlosen Menschen, die in solcher Kälte in der Nacht frieren und sogar erfrieren, denken aber nur wenige mitteilbare Seelen. Und doch täte gerade in dieser ersten Zeit Vinderung der Not und des Glends nötig. Ist es nicht eine Schmach für die gesamte zivilisierte Welt im allgemeinen und für

die wohlhabende Bevölkerung im besonderen, daß Mitmenschen hungern und verhungern, frieren und erfrieren? Diese Zellen voll bitterer Wahrheit finden wir im Sprachsaal eines hiesigen bürgerlichen Blattes. Es gibt in der Tat nichts, das unsere Scheinkultur scharfer bloßstellen könnte, als das Hungern und Frieren von Menschen in einer Zeit, die soviel an schöngeistigen und humanitären Bestrebungen hervorgebracht hat und dabei nicht einmal die schlichtesten Forderungen allgemeiner Menschenliebe erfüllt. Auf einen Notstand, wie ihn die gegenwärtige Kälte mit sich bringt, ist man einfach nicht eingetrigelt! Und doch wäre nichts leichter, als jetzt einmal praktische des Christentums zu liber. Hamburg hat so viele schöne, heizbare Kirchen, die fast die ganze Woche über unbenutzt leer stehen. Man verwende sie als Warmhallen für die Anhaltlichen, die jetzt keine Zuflucht vor der Kälte haben. Das wäre ein gottgefälliges Werk, mit dem sich unsere Frommen eher eine Stufe zum Himmel bauen könnten, als mit hundert scheinheiligen Gebeten. Aber lieber „Bedenket der frierenden Vögel!“

Wiel. Amtliches Wahlergebnis. Im siebten schlesisch-holsteinischen Reichstagswahlkreis wurden gezählt 81 976 Wahlberechtigte. Abgegeben sind 78 579 Stimmen, davon gültig 78 306, ungültig 273 Stimmen. Es haben erhalten: Legien (S.D.) 88 709, Litius (F.P.) 28 331, Gönje (M.L.) 5198, Grzkerger (F.) 950. Wose 91, zerplittert 92. Die absolute Majorität beträgt 38 654 Stimmen. Legien ist mit einer Mehrheit von 2055 Stimmen gewählt.

Wiel. Auf dem städtischen Vieh- und Schlachthofe ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Der vorhandene Bestand wurde abgeschlachtet und der Viehhof gesperrt.

Wraße. Rottkoller bei oldenburgischen Bauern. In Großenmeer sind während der Reichstagswahl von einer ganzen Anzahl Bauern schwere Ausschreitungen gegen unsere dort tätigen Genossen begangen worden. Im Wahllokal selbst blieb nicht eine einzige Fensterscheibe heil: alle wurden durch Steinwürfe und Stebe zertrümmert. Einer unserer Genossen kam mit einer Wunde, auch die Nase blutend, ohne Kopfbedeckung in Wraße an. Ein anderer erhielt mit einem Stock einen Schlag auf den Rücken. Unser Littenführer in Neuenbort, der von den Vorgängen in Großenmeer keine Ahnung hatte, wurde von den Nationalhelden auf dem Großenmeerer Bahnhof ebenfalls überfallen und verprügelt. Als er den Wirt bat, er möge ihn doch in Schutz nehmen, wurde er durch eine Tür hinausgeschleudert. Raum draußen, so sollte der Tanz von neuem losgehen. Mit Hilfe der Bahnbeamten wurde der Mann dann aus seiner Lage befreit. Alle Veruche unserer Genossen, Telephonanschluß zu bekommen, um Hilfe herbeizurufen, schlugen fehl; selbst auf dem Bahnhof soll derselbe verlangt worden sein. Und doch drang diese Nachricht noch früh genug nach Wraße, so daß mit dem Zuge um 8 1/2 Uhr eine Kolonne von circa 70 Genossen nach Großenmeer abgehen konnte, um die verstreuten Genossen vor dieser Horde zu schützen. Als die Bauern von Großenmeer sahen, daß Hilfe heranrückte, nahmen sie schleunigst Reißaus. Zwischenzeitlich war auch die Wraßer Polizei von den Vorgängen unterrichtet worden und wartete den um 11 Uhr in Wraße ankommenden Zug ab, jedenfalls um die Personalien feststellen zu wollen. Doch wie enttäuscht mag sie wohl gewesen sein, als niemand erschien. Sämtliche Beteiligten waren schon in Dövelgönne ausgestiegen und machten nun den Schluß ihrer Vergnügungsfahrt zu Fuß. Ob der Staatsanwalt jetzt gegen die fanatischen Bauern einschreiten wird?

Oldenburg-Lübeck-Birkenfeld. Amtliches Resultat. Althorn (F.P.) 9795, Stelling (S.D.) 10237, Dr. Stoeber (M.L.) 7908, Dahlem (F.) 1668 Stimmen. Zerplittert 22 Stimmen. Stichwahl zwischen Stelling und Althorn.

Handels- und Marktneuheiten.

Lübecker Marktpreise vom 17. Januar.

Bauern-Butter Pfd. 1.40—1.45 Mk., Meierel-Butter Pfd. 1.55—1.60. Käsen 3—3.50 Mk., Enten 4.00—4.50 Mk., Hühner 1.80—2.00 Mk., Küten Stück 1.80—2.50 Mk., Lauben Stück 0.65—0.70 Mk., Gänse Pfd. 0.65—0.75 Mk., Fildgans 2 Mk., Schinken Pfd. 0.85—0.95 Mk., Schweinshopf Pfd. 50—60 Pfg., Wurst Pfd. 1.20—1.40, Eier Stück 14 Pfg., Heringe — Pfa., Doriche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen Pfd. 1.00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1.00—2.00 Mk., Schleie 1.40—1.50 Mk., Brachsen 60—70 Pfg., Hechte Pfd. 70—80 Pfg., Warche Pfd. 60—70 Pfg., Aal Pfd. 0.80—1.00 Mk., Karasuschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg., Blumenkohl 100 Kopf 0.30—0.50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Wensel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. 50—70 Pfg., Mand Pfd. — Pfg.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 17. Januar. Auftrieb 1809 Schweine. Markt langsam geräumt. Überhand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenliegender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 59. — (— bis 47.00 Mk.), Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., — bis 58.00 (— bis 46.50) Mk., Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 58.00 bis 58.50 (45.50 bis 45.50 Mk.), Gute, leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 58.00 bis 58.50 (45.00 bis 45.50 Mk.), Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50. — bis 57.00 (43.50 bis 43.50) Mk., Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., — bis 54.00 (— bis 43.00) Mk., Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 48.00 bis 52.00 (37.50 bis 40.50) Mk.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer i. d. Provinz Schleswig-Holstein. Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Hamburg, 17. Januar.
1. Klasse 880 Drittel zu 142.64 Mk. im Durchschnitt.
2. „ „ „ 135.38 Mk.
Unverkauft blieben 14 Tonnen.

Quittung.

Für die ausgescherrten Tabakarbeiter in Lippe und Westfalen gingen ein:

Vom Verband der Zimmerer 50.— Mk.
Vom Verband der Bauwirtschaftlichen 20.—

Bereits quittiert 1068.85 Mk.

Summa 1168.85 Mk.

Die Kartellkommission.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Schmidt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Mejer u. C. Sämtlich in Lübeck.

Montag morgen 1 1/4 Uhr entsetzt plötzlich und unerwartet durch schweres Unglück mein lieber Mann, meiner Kinder treuerforgender Vater, Schwiegervater und Großvater
Franz Brockmüller, gen. Kock
 im vollendeten 58. Lebensjahre.
 Tief betrauert und schmerzlich vermisst von mir, meinen Kindern und Enkeln.

Elisabeth Brockmüller,
 gen. Kock, geb. Albers.
 Lübeck, den 15. Januar 1912.
 Wielandstraße 6a.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Januar, nachm. 2 1/4 Uhr, von der Kapelle Vorwerk aus statt.

Witwen morgen entsetzt laut und ruhig nach langem in Gebuld getragenen Leiden unser kleiner süßer **Walter** im Alter von 11 Monaten. Tief betrauert von seinen Eltern.

Karl Etler und Frau.

Am 1. April Zwei-Zimmer-Wohnung und Zubehör. Preis 200 Mk. Näheres Marktstraße 33, Stb. 1, part.

Meinen m. Kunden zur Nachricht, daß ich mein

Putzgeschäft
 nach gegenüber: Beckergr. 50 verlegt habe.

Mit der Bitte, daß mir das bisher erwiesene Wohlwollen erhalten bleibe, zeichne
Minna Hartz, Beckergr. 50.

Herrnburg i. M.
 Vom 19. Januar ab ist Genossenschaftsbrot beim Unterzeichneten erhältlich. **O. Kern, Herrnburg 25.**

Hasenelle, Kanin, Iltis, Otter, Marder, Fuchs etc. sowie **Pferdehaare** laut zu höchsten Tagespreisen **D. Wagner, Ostentstraße 8.**

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers** Kohlmarkt 4 sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Lederhosen . . . 2.20—6.45
 Mauerhosen . . . 2.60—6.75
 Schlofferhosen . . . 1.88—5.25
 Überziehhosen . . . 1.08—2.85
 Zwirn-Hosen . . . 1.68—3.25

leinere Sachen, Schräge u. gerade. 1.28, Regen, Semden, Schlachterjacken, Armeurjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mägen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Lubecam.

Freie Jugend Lübecks.

Sonntag, den 21. Januar 1912, von nachmittags 4 1/2 Uhr an:

Zusammenkunft
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50—52.

Vortrag: „Du sollst nicht töten“.
 Der Jugendauschuss.

Arbeiterinnen

sucht
F. A. Rieck, Vorbeckstr. 11.

Hasenelle, Kanin, Fuchs, Iltis, Marder etc. Pferdehaare, Mähnen, Kuhschweifhaare kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Wahnstr. 22a.

SALEMALEIKUM SALEM GOLD
 (Goldmundstück)
 Cigaretten



Preis Nr. 3 1/2 4 5 6 8 10
 3 1/2 4 5 Pfg. 6 8 10 Pfg. d. St.
 Luxusqualitäten: 6 8 10 Pfg. d. St.

Echt mit Firma
Orient-Tabak- u. Cigaretten-Fabrik
Yenidze, Joh. Hugo Zier, Dresden

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Lübeck.

Öffentl. Versammlung

sämtlicher in Räumereibetrieben und Marinieranstalten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

am Freitag, dem 19. Januar 1912, abends 8 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52. (Kleiner Saal.)

Tages-Ordnung:

1. Die Lage der in Räumereibetrieben Beschäftigten und wie ist dieselbe zu bessern?
2. Diskussion.

Das Erscheinen sämtlicher in diesen Betrieben Beschäftigten ist notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Harmonika-Klub „Loreley“.

Einladung zum BALL

verbunden mit Kappenseft
 am Freitag, 19. Januar, im Lokale des Hrn. Pagel, „Zentralhalle“.
 Anfang 8 Uhr. Ende morgens. Eintritt 30 Pfg., eine Dame frei.
 Das Komitee.

Bruchheringe
 9 Stück 30 Pfg.
 sind wieder eingetroffen.
H. H. Holtermann, Marktwiese 4.

Achtung!
Parteigenossen Stockelsdorfs
 und Umgegend.

Auf zur Stichwahl!

Alle Parteigenossen, die gewillt sind, zur Stichwahl zu arbeiten, werden ersucht, Freitag abend, den 19. Januar, bei L. Paetau zu erscheinen.

Auf zur Arbeit!
 Der Sieg muß unser sein!
Das Wahlkomitee.

Arbeiter-Absinentenbund

Versammlung
 am Freitag, den 19. Jan. abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstr. 50—52.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Verein Schwartau-Rensfeld

Mitglieder-Versammlung
 Freitag, 19. Januar
 abends 8 1/2 Uhr
 bei Pinkert (Gasthof Transvaal).
 Um rege Beteiligung erucht
 Der Vorstand.

Gesangverein der Zimmerer.

General-Versammlung
 am Freitag, den 19. Januar
 abends 8 1/2 Uhr
 bei J. Mohr, Hundestraße 101.
 Das vollständige Erscheinen der passiven Mitglieder ist erwünscht.
 Der Vorstand.
 (NB. Vorstandsmittglieder 7/8 Uhr.)

UNIVERSUM.
 Täglich von 8 bis 12 Uhr:
Lustige Abende
 des
Heint.-Kainberg-Ensemble.
 Nach der Vorstellung: Kabarett.

Achtung Schneider!

Versammlung

Sonntag, 20. d. M.
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

Das Angebot der Arbeitgeber.

Kollegen, erscheint ohne Ausnahme, denn dies sogenannte Angebot ist so minimal, mehrfach mit Abzügen durchwirft, daß mir das selbe als einen Lohn auf unsere gerechten Forderungen ansehen müssen. Deshalb alle auf dem Posten!

Die Ortsverwaltung.

Hansatheater

Dir.: Reinh. Gollbach.

8 1/2 Uhr:

Um ein Weib.

Größtes Ausstattungstück, was je gesehen wurde, in 7 Bildern.

Camptini
 Die alte Weibermühle.

Carlo Leon
 Das sprech. Panoptikum.

The Saymons
 Elite-Squiblisten.

Levators
 m. sein. dress. Wolfhunden.

Neues Stadttheater.

Freitag, 19. Januar. 7 1/2 Uhr.
 Voll-Ab. 104. Freitag-Ab. 18.

Der Rosenkavalier.

Oper von Richard Strauß.
 Sonntag, 20. Januar. 7 1/2 Uhr.
 Voll-Ab. 105. Sonntag-Ab. 10.

Gewöhnliche Opern-Preise!

Gastsp. M. Winternitz-Dorda
 vom Hamburger Stadttheater.

Margarete (Faust).

Große Oper von G. Verdi.
 In Vorbereitung! Neu!

Zur 200jährigen Gedenkfeier des Geburtstages Friedrichs d. Großen

Die Schlacht bei Liegnitz.

Soldatenspiel von Dr. Vaut Darns.

Stadthallen-Theater.

Donnerstag, 18. Januar. 8 Uhr.
 Wegen Erkrankung des Herrn Pistori anstatt „La Traviata“:

Das Musikantenmädchel.

Operette von Georg Harn.

Bezugsquellen-Verzeichnis		Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen	
Brauereien M. Hofmann, Allee 75. H. A. Wulff, Untertrave 96. F. W. Heyde, Markt 14.	Drogerien W. Hohenschild, Markt 42c. T. 736. Aug. Prösch, Mühlensstr. 38. Julius Vogt, Markt, Ecke Köhlstr.	Friseur, Parfüm. Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.	Kurz-, Weiss-, Wollw. O. Sinnenwald, Lindenstr. 39. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Elbschloss, Kieler Schulstraße F. W. Heyde, Markt 14.	Fahrräder, Nähmasch. H. Benthien, Fackenberg Allee 33. Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Rath, Frister & Rosmann - Nähmasch. Franz Busse, Wahnstr. 42. Rich. Israel, Allee 31. Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23. St. Gertrud-Fahrradhaus, Joh. Meier, Arntstr. 12a. Ersklass. Räder u. Nähmasch. billig Johs. Meyer, Königsstr. 51. Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28. Schwartau, Lüb.-St. H. Krehbe, 71. Rep. Sämtl. Ersatz!	Galant-, Spielwar. C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.	Manufakturwaren Johann Dittmer, Drögest 12a. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr. Hamb. Engros-Lager, Schwartau K. Quitzan, Schwartau, Marktstr. 14.
Bäckereien Paul Bernward, Lübeck, Lohstr. 43. Danzig-B. u. Köditz Fischer. H. Jargstorff, Warendorferstr. 35. R. Kasch, Fackenbergstr. 22. W. Krahn, Fackenberg, Allee 37a. Ad. Hinzelmann, Weststr. 2. B. Plath, Lübeckstr. 3. W. Steinhoff, Travensbüttel.	Farben u. Lacke J. Becker, Domestr. 28. W. Hohenschild, Markt 42. T. 736. Ferd. Kayser, Breitestr. 81. Aug. Prösch, Mühlensstr. 38.	Handels-Lehranst. Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.	Möbelmagazine Wintze & Stech, Möbel-Fabrik, Detail-Verkauf in der Fabrik Mühlensstr. 40. W. Pamperin, St. Annenstr. 27. Wohnungseinrichtungen z. billigen Pre.
Brennmaterialien H. Schmitt, Augustenstr. 104a. L. Wollbrandt, Rosengarten 10.	Fleisch- u. Würstw. Hans Gerds, Elswigstr. 1a. Chr. Gipp, Moislinger Allee 4. Gottlieb, Köhlstr. 104. Beckergrube 30. Carl Joost, Wahnstr. T. 1450. C. Klein, Pfaffenstr. 14. F. Lemcke, An der Mauer 41a. F. Möck, Kupferschmiedestr. 68. Danversstr. 48. Würst- fabrik mit elektr. Betr. Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 55. Gust. Zach, Kottwitzstr. 32. Oldesloe, Brunnenstr. 2. L. Müller, Pa. Fleisch- u. Würstwar.	Haus- u. Küchenger. Joh. Baade, Lübeck, Fackenberg Allee 34a. Paul Reher, Tunkenhagen 5. E. Winkelmann Nachf., Eutin. Louis Rathmann, Schwartau.	Molkereiprodukte Hansa-Meierei Amme Lübeck'sches Milchprodukte aller Art
Butter-, Käsehdign. Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8. Fackenberg Allee 50. W. Philipp, Tägl. feinste Taleibutter. W. Beckstein, Hüststr. 23. J. Semrau, Hüststr.	Kino-Salon Biophon-Theater Breitestr. 52. Vornehmstes am Platz. Vollendetste Vorführ. lebend. der, singender, sprechender Photogr.	Herren- u. Knab.-Gard. Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest 12a. Rudolph Karstadt, Eutin.	Meiereien Meierei Rensfeld Inh. Paul Rieker, Vortreffliche Bezugsquelle für Milch und Butter Meierei Schwartau Inh. Philipp Kietel, el. 2144 Milch und H. Molkereiprodukte
Cacao, Chocol., Tee Lina Schwarz, Lübeck, Hüststr. 12.	Seifen, Toilette-Art. Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.	Hüte und Mützen Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9. Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.	Stahl-, Eisenwaren Franz Genzmer, Fackenberg, All. 10b. F. Wichmann, Hüststr. 46. Seil- langer Stahlwaren.
Cigarrenhandlign. A. Burmeister, Lübeck, Fackenberg Allee 48. Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8. D. Riecke, Königsstr. 61, Ecke Hüststr. Rob. Kieß, Engelsgrube 80. Paul Markwardt, Seidnitzstr. 18. Ci- garett, Tabake Jacob Meier, Warendorferstr. 19a. Conrad Rothe, Fleischhauerstr. 15. Paul Thiel, Stavenstr. 8. W. Bähak, Eutin, Lübeckstr. 34.	Tapeten, Linoleum Carl Benke, Lübeck, Königsstr. 48b. Tapeten-Reste. Fritz Rehm, Beckergrube 20.	Trikot-, Strumpfw. E. Ehler, Lübeck, Breitestr. 15.	Uhren-Repar.-Werkst. Amerikanische, Hüststr. 71. Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.
Dampfwasch-, Plättanstr. Groß Dampfwascherei „Vortreffl.“ Wäsche-Verleih-Institut T. 1023. Spezialität Haas- u. Fein-Wäsche. W. Röper, Friedenstr. 60. Hansa, 59. Fernruf: 2214. W. Krüger, Warendorferstr. 28. Petzerstr. 1a.	Uhren, Goldwaren August Büttner, Uhrmacher W. Westfelling, Holstenstr. 32. H. Nevermann, Schwartau.	Optik u. Mechanik Carl Volger, Optisches Spe- zial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.	Weine, Spirituosen Fr. Geist, Lübeck, Hüststr. 8. T. 1835. Fischergrube Friedr. Otte, 43, empfindl. Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

Der Fortschritt bei den Koalitionsrechtsfeinden.

(Zur Stichwahl im 1. oldenburgischen Wahlkreis.)

In mehreren Wahlversammlungen der Fortschrittler ist das bezeichnende Wort gefallen, daß die Sozialdemokratie durch ihren Terrorismus das Koalitionsrecht in Gefahr bringe. Daß ein Fortschrittler auf solche Weise den Feinden des Koalitionsrechtes den Schreiern nach einer neuen Zuchthausvorlage Vorschub leistet, ist eine relativ neue Erscheinung. Es gibt aber noch ein weit gravierenderes Faktum, als die Äußerung eines beliebigen Redners, die uns den Fortschritt in die am bedenklichsten Lichte zeigen. Und das ist seine Haltung bei dem bekannten Vorkloß der Konservativen und Nationalliberalen des sächsischen Landtages gegen das Koalitionsrecht. Diese Haltung war offener Verrat an der Arbeiterklasse in einer Situation, die ihn zu energischer Vertretung ihrer Interessen unbedingt hätte anspornen müssen, wenn es ihm mit keiner oft gehörten Versicherung ernst wäre, stets ihr getreuer Hüter sein zu wollen.

Wenn dem blödesten Auge ist es heute erkennbar, daß wir einem harten Kampfe um das elementarste Recht der Arbeiterklasse entgegengehen, daß es bei den diesmaligen Wahlen dieses Recht mit Ausbütung aller Kraft gegen Unternehmerricht und Junker zu verteidigen gilt. In einer solchen Situation hat sich jeder ehrliche Freund des Koalitionsrechtes doppelt zu hüten, irgend etwas zu sagen oder zu tun, was seine Feinde für sich ausnützen können.

Der Fortschritt gab sich bislang als ein solcher ehrlicher Freund aus. Und wenn wir ihm auch seit seiner immer offensichtlicheren Mantierung zum Nationalliberalismus, seiner Bekehrung zum Militarismus, Marinismus und Kolonialschwindel, seinem Verrat am gleichen Recht beim Vereinsgesetz und seinem Mächtegenuß-Verrat bei der Finanzreform und bei der zweifelhaften Stellung mancher seiner Mitglieder zu den Lebensmittelzöllen vieles zuramen — einen Verrat am Koalitionsrecht hätten wir zuletzt vermutet. Wir wissen freilich, daß in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts, da die deutsche Arbeiterklasse um dieses Recht noch zu ringen hatte, die Schulze-Dehlich und Genossen keineswegs begeisterte Anhänger der Koalitionsfreiheit waren — sind doch damals dem „König im sozialen Reich“ bei einer Parlamentsdebatte über dies Thema die geflügeltesten Worte entfahren: „Entsehlen Sie die Bestie nicht.“ Aber es sind doch nicht allzu lange nach diesem Anstrich fortschrittliche Anträge auf Aufhebung der Koalitionsverbote gestellt worden. Blicke sie auch in manchen Stücken weit hinter den Forderungen der Arbeiterklasse zurück, war auch die Haltung der Linksliberalen in den parlamentarischen Feldzügen, die schließlich 1869 zur Statuierung der Koalitionsfreiheit führten, keineswegs imponierend, so daß die Fortschrittspartei immerhin zu den Vätern des § 152 der Gewerbeordnung, freilich auch des § 153 gezählt werden. Und wenn sie auch oft genug verjagt hat, wenn ihr politisch zugehörige Unternehmer dem Arbeiter die Organisation verbieten, für gesetzliche Maßregeln zur Einschränkung des Koalitionsrechtes ist sie bisher doch nicht zu haben gewesen. Sie hat feiner-

zeit die Zuchthausvorlage abgelehnt und hat in ihren Programmen und Aufrufen Wahrheit und Sicherung des Koalitionsrechtes bis in die letzte Zeit noch versprochen. Und man glaubte, daß sie an dieser Stellung festhalten werde, weil der Fortschritt der Arbeiterklasse ja außer diesem Versprechen fast gar nichts weiter zu bieten hat. Denn dem Arbeiterkloß ist er noch immer ziemlich abgeneigt — geistliche Verkürzung der Arbeitszeit ist ihm ein Grauel und beim Heimarbeitergesetz haben die Günther und Enders all die alten Register der Gegner staatlichen Eingreifens in den „freien“ Arbeitsvertrag mit einem Eifer gezogen, der den seligen König Stumm mit hoher Genugtuung erfüllt haben würde. Die rapide Abwendung der Arbeiterkraft von ihrer Partei hat freilich allmählich auch die starren Fronten der Vertreter des Manchesterprinzips zu der Erkenntnis gebracht, daß es ohne eine gewisse Portion Sozialpolitik nicht mehr geht. Aber über Worte geht ihre zaghafte Freundschaft für den Arbeiterkloß nur wenig hinaus und allemal, wenn es ihn praktisch zu fordern gilt, hat sich der Fortschritt trotz aller schönstilisierten Reden des ehemaligen Nationalsozialen Naumann auf der Seite der Brem er befunden. Umomehr hat er deshalb allezeit betont, daß er das Koalitionsrecht nicht antastan lassen werde. Denn etwas besonders für die Arbeiter Berechnetes mußte er doch auf seinen Aushängeschildern haben.

Deshalb war die Rede des Fortschrittlers Brodauf in der Sitzung des sächsischen Landtages vom 11. Dezember eine Überraschung. Denn der Herr hat in einer Situation, in der die Tradition seiner Partei ihn zu einem energischen Vorkloß gegen die Feinde des Koalitionsrechtes rief, die Front gewechselt. Anstatt die Partei der von allen Seiten angegriffenen Arbeiterklasse zu nehmen fiel er ihr in den Rücken. Und keiner der fortschrittlichen Wiederwärtler in der sächsischen Landstube stand auf und erklärte, daß er keinen Teil habe an dem Verrat. Herr Brodauf erntete den lebhaftesten Beifall der Fortschrittfraktion.

Natürlich hat Herr Brodauf nicht ohne Umschweife erklärt, daß seine Partei sich den Forderungen der Konservativen und Nationalliberalen anschließe. So offen und ehrlich gesteht der Fortschritt seinen Verrat an der Arbeiterklasse nicht ein. Herr Brodauf hat sogar ausdrücklich erklärt, daß der Fortschritt mit dem Bestreben gewisser Scharfmacherkreise, die wirtschaftliche Freiheit und das Koalitionsrecht anzugreifen, nichts gemein habe. Sie hatte an der Grundlage des Koalitionsrechtes und der Parität für beide Parteien fest. Und da der Minister Graf Bismarck in seiner Ankündigung der neuen Zuchthausvorlage zum Schluß ebenfalls erklärt hat, daß er an die er Parität festhält so freute sich Herr Brodauf über diesen Teil der Ministererklärung. Und unbedingten und erlauteten Gesichtes wird Herr Brodauf unter Berufung auf diese Stellen seiner Rede lagen, daß man ihn und den Fortschritt verleumdet, wenn man ihm eine Wendung zum Scharfmacherium vorwirft.

Indes, die Rede bezieht nicht bloß auf diese Stellen. Gleich ihr Anfang war Parteinahme gegen, war Angriff auf die Arbeiter. „Die Arbeiter können sich wirklich nicht über die Beschränkung ihrer Rechte beklagen, wohl aber ist zu beobachten, daß die Arbeiter von den ihnen gesetzlich gewährleisteten Rechten oft einen Gebrauch machen, der nicht den Ansichten des Gesetzgebers entspricht,“ erklärte Herr Brodauf, für den das Wort Brentanos: „Die deutschen Ar-

beter haben das Koalitionsrecht, aber wenn sie es brauchen, werden sie besira t.“ nicht gesprochen ist, der von den Ausschreitungen der Klassenjustiz gegen Streikländer nichts weih. Die sozialdemokratische Presse verurteilt dem Herrn Brodauf die Ausschreitungen Streikender nicht scharf genug usw. Solche Ausführungen in solcher Situation, nachdem vorher Konervative, Nationalliberale und Regierung Angriff auf Angriff gegen die kämpfende Arbeiterklasse geschleubert hatten, nachdem der Minister die kommende Zuchthausvorlage schon proklamiert hatte, genügen schon allein, um den Fortschritt zu überführen, daß er das Spiel der Scharfmacher gespielt hat. Das verdecken alle nachträglichen billigen Worte gegen die Scharfmacherbestrebungen nicht mehr. Aber zu den Worten gegen die Arbeiter kommt noch eine Tat! Der Fortschritt stimmte für die Überweisung des konservativen Antrags an die Deputation. Zwar hat er dabei auch einen Vorbehalt. Das bedeutet noch nicht, daß wir auch mit dem Antrage einverstanden sind, sagt Herr Brodauf. Weshalb aber stimmt der Fortschritt für die Deputationsberatung? „Sedenfalls sind meine Freunde damit einverstanden, wenn ein Weg gefunden wird, gewissen Auswüchsen entgegenzutreten, wenn die bestehenden Grundlagen der Koalitionsfreiheit beibehalten werden,“ sagt Herr Brodauf.

Hier haben wir den reaktionären Bierfuß in voller, zweifelhafter Leiblichkeit. Der Fortschritt will die Auswüchse der Koalitionsfreiheit beschneiden! Sagte das selbe nicht der sächsische Minister des Innern, sagte das selbe nicht die Begründung der unelgen Zuchthausvorlage von 1899. Sagen das selbe nicht Junker und Scharfmacher, nicht Konervative und Nationalliberale? In der Tat, sie lagen es alle! Die Rebensart von den „Auswüchsen“ ist die gebräuchliche Formel, mit der die Reaktionen alle Farben allemal die Lattache zu verkleinern suchen, daß sie dem Koalitionsrecht den Hals umdrehen wollen. Wie denn ja überhaupt alle reaktionären Anschläge sich niemals gegen die Freiheit an sich, sondern stets nur gegen ihre bösen „Auswüchse“ richten. Aber natürlich ebenso regelmäßig mit den Maßnahmen gegen die Auswüchse die Freiheit selbst erdroffeln.

Wer nicht für mich ist, der ist wider mich! Das gilt hier in voller Strenge. Wer den Feinden des Koalitionsrechtes den kleinen Finger reicht, der hat verpielt bei der Arbeiterklasse, denn sie weiß, daß die Hand und der Arm und der ganze Kerk nachfolgen müssen. Der Fortschritt aber hat den Scharfmachern schon mehr als den kleinen Finger gereicht. Es gibt keine Maßnahmen gegen angebliche Auswüchse, die den legitimen Gebrauch des Koalitionsrechtes nicht mitreffen würden. Wenn der Streikende sich zu Ausschreitungen hinreißen läßt, so verfällt er nicht hoch den Paragraphen des Strafgesetzbuches, sondern auch der Ausnahmebestimmung des § 153 der Gewerbeordnung und dem Urteil einer Richterschaft, die die Denunziator Kaiserrede zur Grundlage einer drakonischen Justiz gemacht hat. Wenn das noch nicht genügt, mer darüber hinaus noch Ausnahmebestimmungen gegen „Auswüchse“ begrüßen würde, der gibt damit zu erkennen, daß er — zu den Scharfmachern gehört.

Der Fortschritt hat wieder einmal eine Schwenkung vollzogen. Er gibt seinen Posten als Verteidiger des Koalitionsrechtes auf. Er ist auf dem Wege ins

Die Flucht über die Cordilleren.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(2. Fortsetzung.)

„Du hast mir die Gedanken aus der Seele gelesen.“ lachte der Jüngere — „mag der Jungfer sehen, wie er über die Berge kommt — wir lassen ihm überdies unser charque“) in der Hütte zurück, und sie dürfen sich nicht beklagen, daß sie nichts zu essen hätten. Aber komm, die Zeit vergeht, und es ist bitter kalt hier oben. Wenn wir uns tüchtig in Trab setzen, können wir die estancia noch bei guter Zeit morgen früh erreichen.“

„War mir's doch, als ob ich da vorn ein Geräusch wie von knirschendem Schnee hörte,“ sagte der Alte da plötzlich und schüttete seine Augen mit dem Arme gegen den blendenden Schein der weißen Decke — „da wieder.“

„Mir kam es auch erst so vor.“ sagte der Jüngere, seinen Poncho um sich herziehend und dann niederkniefend, um das eine Schaffel, das er sich der Kälte wegen um seine Hüfte gewickelt, etwas fester zu binden, aber es wird der puma“) sein, der vor etwa einer halben Stunde quer vor mir über den Schnee sprang und hinunter nach dem Wasser zu hielt. Was für ein tüchtiger Preis auf das Einbringen unserer Gesellschaft gesetzt haben, wenn er die Gauchos bis hier in den Schnee hinter ihnen her treiben könnte. — So“, — rief er dann, indem er, seine Fußbekleidung in Ordnung gebracht, wieder in die Höhe sprang und den Hut in die Stirn drückte — „jetzt bin ich fertig, und nun können wir doch sagen, daß wir unsere Weg bis hierher ganz anständig be-“

„Felipe antwortete nichts, horchte nun noch einmal zurück, wo sie die, die ihrer Treue viel zu gutmütig vertraut hatten, ohne Ahnung zurückließen, daß die Führer und Wachen sie verräterischerweise ins Stich ließen, und schritt dann dem Gefährten tüchtig voraus durch den tiefen Schnee, um sobald als möglich die von diesem freie Passage wieder zu erreichen und von da ab rasch dem wärmeren Tal zu folgen.“

„De, Felipe, rief's da nicht hinter uns?“ sagte, stehen bleibend, plötzlich der junge Bursche.

„Was kümmert's Dich?“ brummte aber, die Schritte eher noch dadurch beschleunigend, der ältere Gefährte; „laß sie doch schreien, aber mach', daß Du aus Schußweite —“

Seine Rede wurde hier auf etwas rauhe Art unterbrochen, denn neben ihm, wie aus dem Schnee heraus, sprang eine Gestalt, flog ihm nach der Kehle und hatte ihn auch im nächsten Moment, ehe er nur daran denken konnte, nach seinem Messer zu greifen, zu Boden geworfen, wo er wie in einem Schraubstock eingeklemmt und regungslos dalag. „Assistencia!“ wollte er noch rufen, aber schon bei dem ersten Laut bligte ein blanker Stahl vor seinen Augen, und der Ruf erstarb ihm plötzlich auf den Lippen.

Sein Angreifer sprach kein Wort — lautlos, doch mit riesiger Kraft hielt er ihn zu Boden. Wenige Minuten später hörte Felipe, daß sich jemand näherte, gleich darauf fühlte er sich selber von noch anderen gefaßt und aufgehoben, und als sie den nächsten Felsenvorsprung erreicht und hinter sich hatten, fand er sich plötzlich zu seinem Erstaunen ganz frei neben seinem jüngeren Gefährten stehend, der auf gleiche Weise überwältigt worden sein mußte, und nur sein erster Angreifer sagte mit leiser, aber nichtsdestoweniger drohend genug klingender Stimme:

„Du bist alt genug zu wissen, companero, daß wir keinen Spaß verstehen — verhalte Dich ruhig und sag' uns, was Du weißt, und Du hast für Dich selber nichts zu fürchten; mache dagegen einen einzigen Versuch, zu fliehen oder uns zu verraten, und Du bist ein Kind des Todes.“

Der alte Neon, der seine Arme kaum frei fühlte, griff fast unwillkürlich nach seinem Gürtel zurück, das Messer zu fühlen. Der Fremde, der die Bewegung bemerkte, sagte jedoch mit kaltem, fast höhnlichem Lächeln:

„Es ist in guten Händen — könnte Dir selber aber auch jetzt nur Schaden tun. Wir wissen überhaupt alles, und ihr beiden mögt es unserer guten Laune, Euch hier in der Falle zu wissen, zuzuschreiben, daß unsere Messer nicht schon lange, und statt aller weiteren Umstände, mit euren Rehlen Bekanntschaft gemacht haben.“

„Und weshalb?“ — frug jetzt der Alte, der seine Geistesgegenwart rasch wiedergewonnen und nun aus ihrer Lage soviel Vorteil als möglich zu ziehen suchte — „etwa weil wir Euch heut abend in unserer Nähe spürten und uns nach kurzer Beratshlagung aufmachten, Euch unsere Hilfe und Arme anzubieten?“ — „Ich dachte allerdings nicht, daß Ihr so zahlreich wäret“, setzte er dann langsamer hinzu, indem sein Blick rasch die ihn umgebende Schar, vierzehn oder fünfzehn drohende Gestalten, überflog — „aber wenn Ihr uns nicht braucht, ist damit nicht gesagt, daß wir den Tod verdient hätten.“

„Der Teufel traue Dir nur, companero“, lachte der Anführer der maskorqueros — „doch ich will sehen, inwieweit

Du wenigstens jetzt aufrichtig bist; so beantworte vor allen Dingen meine Frage kurz und treu, wir haben weder Zeit noch Lust, Ausweichungen oder Unbestimmtes zu hören — also: haben die Flüchtigen Feuerwaffen und sind sie gut bewaffnet?“

„So ziemlich“, erwiderte Felipe, der nicht den mindesten Grund sah, irgend etwas geheim zu halten, dem gefährlichen Wutischen die Sache aber auch nicht wollte zu schwierig erscheinen lassen, um ihn bei guter Laune zu erhalten — „ihre Waffen sind wohl gut, aber ich glaube kaum, daß irgend einer von ihnen, den jungen Engländer ausgenommen, verstanden wird ordentlich damit umzugehen. Don Jose, weiß ich gewiß, kann kaum seine Pistolen wieder laden, wenn er sie erst einmal abgeschossen.“

„Wo haben sie ihre Gewehre?“ fragte der Gaucho zurück.

„Neben sich auf der Erde liegen,“ sagte Felipe.

„Und ist es nicht möglich, die unschädlich zu machen?“

„Unschädlich?“ brummte der Neon — „der junge cringo“) schläft mit einem Auge offen und seine Pistolen hat er gespannt in der Hand — ich bin fest überzeugt, er selber hält jetzt schon, sollten sie uns vermisst haben, Wache, und kein Fuchs könnte sich ungeschoren hin zur Hütte schleichen.“

„Gut,“ sagte der Hecker nach kurzer Pause und Überlegung — „ich will Euch beiden Gelegenheit geben zu beweisen, daß Ihr mir, als wir Euch überraschten, die Wahrheit gesagt habt und es redlich mit uns und der Föderation meint. Einer von Euch, und dazu wird der Älteste am besten passen — kehrt augenblicklich, als ob nicht das geringste vorgefallen wäre, in die Hütte zurück — eine Ausrede habt Ihr bald. — Ihr glaubet irgendwo etwas gehört zu haben und waret rekonnozierend gegangen. — Du legst Dich zum Schlafen nieder, als ob alles sicher sei, und bewachst Dich, wenn die Fremden wieder schlafen, der Gewehre und des Pulvers. Ist es möglich, so wird es am besten sein, dem Engländer vor allen Dingen den Schädel einzuklopfen — es wäre für Dich dann auch die Gefahr beim Entfliehen mit den Waffen nicht halb so groß, und nachher haben wir leichte Arbeit.“

„Und das würde lohnen?“ — frug der alte Neon lauernd.

„Ah, Du verlangst auch noch Lohn außer dem Gehalt Deiner eigenen Kehle!“ lachte der Hecker. „Du bist unerschämter, alter Bursche; aber es sei. Wächst Du die Burschen

*) Verächtlicher Name für Fremde.

*) Charque, getrocknetes Fleisch.
) Der südamerikanische Löwe.

Lager der Scharfmacher. Auch hier wird ihn bald nichts mehr von den erbitterten Arbeiterfeinden, den Nationalliberalen trennen!

Am Stichwahltag ist das Koalitionsrecht zu verteidigen gegen Liberale! Der Wahlkampf gilt nicht zuletzt den Feinden des Koalitionsrechts und unter ihnen sind jetzt auch die Fortschrittler!

Arbeiter aller Parteien! Gebt ihnen keinen Vardon!

Wählt am 22. Januar den Kandidaten der Sozialdemokratie auch im 1. oldenburgischen Wahlkreis!

Johannes Stelling.

Die Ergebnisse der Hauptwahl.

Über den Ausfall der Hauptwahl vom 12. Januar geben nachfolgende Zahlen, die die Niederlage des blauschwarzen Blocks beweisen, ein anschauliches Bild:

Die Sozialdemokraten haben erhalten	34,8 Proz.
Sozialdemokraten, Demokraten und Fortschrittler	47,78
Sozialdemokraten, Demokraten, Fortschrittler und Nationalliberale	61,5
aller gültigen Stimmen.	
Die Sozialdemokraten vermehrten ihre Stimmen um 979 899 = 30,06 Proz.	
Die Fortschr. Volksparteier vermehrten ihre Stimmen um 322 614 = 26,14 Proz.	
Die Nationalliberalen vermehrten ihre Stimmen um 34 249 = 2,09 Proz.	
Diese 3 Parteien zusammen vermehrten ihre Stimmen um 1 336 762 = 21,08 Proz.	
Das Zentrum hat erhalten	16,5 Proz.
Die Konservativen haben erhalten	9,4
Die Reichspartei hat erhalten	3
Die Polen haben erhalten	3,6
aller gültigen Stimmen.	
Die Konservativen vermehrten ihre Stimm. um 89 707 = 8,46 Proz.	
Die Reichspartei verminderte ihre Stimm. um 106 776 = 22,84 Proz.	
Das Zentrum verminderte seine Stimmen um 166 753 = 7,65 Proz.	
Die Polen verminderten ihre Stimmen um 15 051 = 3,32 Proz.	

Trotz einer Steigerung der abgegebenen gültigen Stimmen um 925 562 gleich 8,2 Proz. hatte der Steuerräubersblock (Konservative, Reichspartei, Zentrum und Polen) einen Verlust von 198 873 Stimmen gleich 4,77 Prozent!

Der Ausfall der Wahl in Ostpreußen.

In dieser östlichsten und konservativsten Provinz Preußens herrschen bekanntlich so interessante Verhältnisse, daß ein Überblick über den Verlauf und den Ausgang des 12. Januar allgemeinen Interesse finden dürfte.

Königsberg-Stadt hat die Sozialdemokratie im ersten Wahlgange mit über 1200 Stimmen Majorität zurückerobert. Ein Resultat, das sich sehen lassen kann, zumal die Gegner, insbesondere die Liberale, alles aufgebieten haben, wenigstens in die Stichwahl zu kommen. Sie haben den letzten Bürger an die Wahlurne geholt. Wir hatten darunter, daß eine große Anzahl Arbeiter krank darniederlagen und daß ein erheblicher Teil der Bauhand-

unschädlich, so sollt ihr beide Euren Anteil von dem, was wir bei ihnen als Beute finden, haben, aber jetzt auch rasch, denn der dämmende Morgen muß uns, nach vollbrachtem Geschäft, auf dem Heimweg sehen."

"Gut," sagte der alte Beon, mit der Hand nachdenklich sein Sinn fühlend — "dann darf ich aber nicht gehen, sondern Pedro da, mein compañero, muß zur Hütte zurückkehren. Ich war gerade ausgerückt, um ihn von seiner Wache abzuholen, und fäme ich statt seiner wieder, so schöpfen die Fremden augenblicklich Verdacht."

"So laß uns beide gehen," meinte Pedro rasch — "unter irgendeiner Ausrede."

"Danke, danke," unterbrach ihn aber der Fenster lachend, einen von Euch wollen wir doch lieber als Geißel zurückbehaltend — nicht etwa daß ich glaube, der andere würde sich viel daraus machen, ihn im Stiche zu lassen, aber er wäre verloren, wenn er uns verrät, und wir rächen dann mit seinem Kameraden an der Spitze vor — überdies möchte ich den Feind nicht noch in unnützer Weise mehr verärgern, als unumgänglich nötig ist. So, meinetwegen magst du gehen, amigo, du bist auch wohl rascher und gewandter als der Alte da, und sind' ich dich noch zwei Minuten länger hier, den zottigen Schädel flegend, so lände ich dir Nase und Ohren ab und schide dich zur Abführung in den Lufschado hinunter — mach' fort — eine halbe Minute ist schon vorbei."

Der arme Teufel von Beon zweifelte nicht im mindesten, daß der moshorquero Sinit machen würde, denn schlimmere Taten hatten diese entsetzlichen Menschen oft nur zum Spaß und aus reinem Mitleiden verübt; — würden sie deshalb hier gezwungen haben, wo es wirklich der Ausführung eines wichtigen Planes galt? Pedro konnte auch keine Leute, und nur noch mit wenigen Worten dem Führer Vorsicht einflößend, nicht eher loszubrechen, bis er selber entweder zurück sei, oder ein Schutz in der punta del vaca ihnen laße, er sei genügend gewesen, auf diese Art sich Luft zu verschaffen, glitt er, sein Messer, das man ihm zurückgab, wieder in den Gürtel hängend, um die nächste Felsede, und war bald in dem Dämmerlicht, das wie ein dünner Nebel auf dem glühenden Schnee lag, verschwunden.

II.

Während sich die beiden Beons heimlich entzogen und von einem wachsameren Posten überreicht wurden, hatte Charles Ellington schon mehrmals lauschend den Kopf erhoben, um das Geräusch der abgehenden Schritte zu erw-

merker Infolge des Frostes nach der Provinz gefahren war. Dennoch brachten wir es auf 19 700 Stimmen, während Gynling, der Kandidat der Fortschrittler und Nationalliberalen, 16 310 Stimmen auf sich vereinigte. Er hat 3353 Stimmen weniger und wir haben 2379 Stimmen mehr erhalten als 1907.

In der Provinz hatten Konservative und Liberale seit Monaten, in einigen Kreisen seit 1909, eine Agitation entfaltet, wie wir sie in Ostpreußen noch nicht erlebt. Die Konservativen wußten, daß es ums Ganze ging, sie haben daher alle Mienen sprangen lassen. Bier und Schnaps sind in Strömen geflossen. Dazu hat sich noch — wie immer — ein unerhörter Druck auf die Landarbeiter gestellt. Es waren diesmal, wie 1907, Winterwahlen, die es den Sunkern ermöglichen, ihre Arbeiter erst recht einzuschüchtern. Hinzugekommen ist ferner, daß zahlreiche Agrarier sich in brutalster Weise über die Gelege hinweggesetzt haben. Die Sunker pfeifen auf die Gelege, wenn sie ihnen nicht in den Kram passen. An zahlreichen Orten sind Suppenterrinen und Zigarrenkisten als Wahlurnen verwandt worden, trotz des Erlasses des Ministers und trotz der Anweisungen, in anderer Anweisung. Kam es doch vor, daß der eine Wahlvorsteher bereits um 11¼ Uhr vormittags die Wahlhandlung schloß! Daß man über die Sozialdemokratie ganze Ribbel Verleumdungen und Beschimpfungen herabgeschossen hat, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Das Christentum ist in Gefahr, so gaukelte man auch den Wählern vor. Den als Parlamentarier völlig bedeutungslosen Oberst a. D. v. Massow führten die Konservativen in Rüstung und Uniform zu Fuß und zu Pferde vor. — Selbstverständlich arbeitete für die Konservativen fast der gesamte amtliche Apparat; trotzdem haben sie Angerburg-Löben verloren und stehen in vier Kreisen mit Fortschrittler in der Stichwahl. — Die Nationalliberalen haben Diehko-Lyck verloren und sind nur in Memel-Hendeburg in die Stichwahl gekommen. Die Erregung unter dem Bürgertum über die konservative Steuerpolitik scheint der Erkenntnis gewichen zu sein, daß seine Interessen bei den Konservativen ebenso gut aufgehoben sind, als bei den Liberalen. Die Fortschrittler haben auch kein Mandat aus eigener Kraft errungen. Auch sie haben mit riesigen Geldmitteln gearbeitet. Nicht nur die Konservativen, sondern auch die Fortschrittler logen über die Sozialdemokratie das Blaue vom Himmel herunter. So schrieben die Freisinnigen in ihren Flugblättern, daß die Sozialdemokraten den Arbeitern selbst die Schaulden wegnehmen wollten! — Daß die Sozialdemokratie in den 16 ostpreussischen Wahlkreisen einen schweren Stand hatte, ist klar. Ihre Organisationen sind in einer Reihe von Kreisen noch schwach. Meist wurden uns die Lokale verweigert. Von Ostpreußen ist die Abwanderung nach wie vor eine große, und es sind nicht die Unaugeklärtesten, die Ostpreußen den Rücken kehren. Trotz all dieser Umstände ist die Stimmzahl der Sozialdemokratie von über 44 000 im Jahre 1907 auf über 51 000 gestiegen; und auch trotz des schamlosen Terrorismus der Sunker haben viele Tausende Landarbeiter sozialdemokratisch gewählt. Die Sozialdemokratie wird den steinigsten Boden weiter beackern und später auch größere Erfolge erzielen. Von den Genossen ist sehr zäh, ausdauernd und wacker gearbeitet worden.

Die Wahl in Breslau.

Unter einer Wahlbeteiligung, die selbst die Hoffentollenwahlen von 1907 nicht anzumeilen hatten, ging diesmal die Wahl in Breslau vor sich. Die blauschwarzen Blockbrüder, die Fortschrittler und Nationalliberalen hielten ungezählte Versammlungen ab und überhäuferten die Stadt mit Flugblättern. Wochenlang tobte der Kampf mit einer Leidenschaftlichkeit, wie man es in Breslau noch nicht so bald erlebt hat. In der Verleumdung der Sozialdemokratie leisteten die vereinigten konservativ-kerikalen

Gegner das menschenmögliche. Die niedrigsten und gemeinsten Flugblätter des Reichswahrheitsverbandes wurden täglich zu Tausenden in den Straßen verbreitet. Darin waren sie, das muß den konservativ-kerikalen Wahlmachern der Reib lassen, äußerst kräftig. Außerdem kam ihnen aber auch noch die königliche Eisenbahndirektion Breslau in einer Weise entgegen, wie sie es sich gar nicht besser wünschen konnten. Die Eisenbahndirektion verbot den zahlreichen Arbeitern ihres Betriebes auch nur die Annahme eines sozialdemokratischen Flugblattes bei sofortiger Entlassung! Sattdächlich wurde auch ein Eisenbahnarbeiter gemahregelt! Die Versammlungen der Sozialdemokratie wurden nach Teilnehmern aus der unteren Beamtenschaft beipflicht, Geschäftsleute wurden nach Strich und Faden bearbeitet, um nur für den blauschwarzen Block zu stimmen. Beamte mußten die Häuser nach „gutgefinnten“ Wählern abfragen usw. Kurz und gut, alle Mienen ließen die Herren Ritter und Heiligen springen, um nur ihre Kandidaten in die Stichwahl zu bringen. Das hofften sie ganz bestimmt zu erreichen.

Die Liberale, die im Westkreise den Fortschrittler Heilberg aufgestellt hatten, im Ostkreis aber den Nationalliberalen Grund unterstützten, waren ebenfalls recht kräftig, namentlich in Breslau-Ost merkte man das Rollen der Hanjabund-Rubel.

Vielen Gegnern gegenüber, die Demokraten und die Polen kommen als solche überhaupt nicht in Frage, fand die Sozialdemokratie, die es verschmähte, den Kampf mit den niedrigen Mitteln zu führen, wie es von den blauschwarzen Reaktionären beliebt wurde. Sie parierte die Anwürfe der Gegner in vielen Versammlungen und durch Flugblätter, die teils illustriert oder auch in satirischer Weise den Reichsverband lächerlich machten, auf das glänzendste.

In Breslau-West wurde Genosse Bernstein mit 25 992 gegen 9026 fortschrittliche und 9650 konservative Stimmen, also mit einer Majorität von über 3000 Stimmen gewählt. Unser Stimmenzuwachs beträgt hier 6333, die Wahlbeteiligung 85% Prozent. Damit rückt Breslau-West in die Reihe derjenigen Kreise, die man zum besten Beispiel an der Partei rechnen kann.

In Breslau-Ost war der Ausfall weniger günstig; jedoch ist auch hier ein erfreuliches Resultat zu verzeichnen. 4768 neue Stimmen für uns sind hier zu buchen. Im ganzen wurden abgegeben für Genossen Bauer 21 359, den Nationalliberalen Grund 12 085, den konservativ-kerikalen Meyer 10 318, den Demokraten Lichten 642 und den Polen 98 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 86% Prozent. Genosse Bauer kommt also mit dem Nationalliberalen Grund in eine Stichwahl, die voraussichtlich mit dem Siege des Genossen Bauer enden wird.

Mit dem Ausfall der Wahlen kann Breslau zufrieden sein. Mehr als 11 000 neue Stimmen, ein wiedererobertes Mandat, eine aussichtsreiche Stichwahl und eine erhebliche Abnahme der blauschwarzen Stimmen, das ist das Fazit eines Kampfes, der an scholler Kampfesweise durch den blauschwarzen Block absolut nichts zu wünschen übrig ließ.

Die Wahlen in Hessen-Nassau.

Wie allgemein im deutschen Lande, so ist auch in Hessen-Nassau das hervorstechendste Charakteristikum der Hauptwahlen: das starke Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen. Im Jahre 1907 betrug die Stimmenzunahme für die sozialdemokratische Partei 19 000, diesmal aber rund 36 000. Und zwar entfallen auf den Regierungsbezirk Wiesbaden mit seinen sechs Reichstagswahlkreisen rund 19 000 Stimmen zu wach und auf die acht Kreise des Regierungsbezirks Kassel ein Mehr von rund 17 000 Stimmen. Von den 36 000 Stimmen Zuwachs kommt natürlich der

behindern werde. Wenige Minuten später standen sie alle zum neuen Marsch durch eine Schneewüste, nur mit dem ungewissen Licht des Schnees selber, gerührt, als Ellington, der, immer aufmerksamer geworden, nach der Lauschsucht hinüber lauschte, plötzlich ausrief, er sähe einen der Beons kommen.

"Gott sei Dank!" flüsterte mit gefalteten Händen die junge Frau, "also waren es doch keine Verräter und unsere Befürchtungen grundlos."

"Das gebe die heilige Jungfrau!" murmelte Don José, indem er die sich rasch nähernde Gestalt vorsichtig und misstrauisch beobachtete und fast unmerklich nach den schon wieder im Gürtel geborgenen Pistolen griff. — "ich wollte, ich wüßte genau, wo der andere Schutz steckt."

"Am Ende haben wir ihnen doch unrecht getan," flüsterte Ellington, "und können nun wenigstens Tageslicht abwarten, um unsern Weg fortzusetzen. Wo die arme Candelaria mehr erschöpfen, als eben unumgänglich nötig ist."

"Grit wollen wir aber wissen, was der Bursche zu seiner Entschuldigung zu sagen hat," beharrte Don José, der seine Candelaria besser kennen mochte als der Engländer, jedenfalls müssen sie, selbst im günstigsten Fall ihrer Rechtfertigung, irgend etwas Verächtliches gelehrt oder gehört haben, sonst wären sie schon gar nicht so weit von hier fortgegangen — aber ruhig — es ist Pedro — der Alte scheint also doch keinen Bösen zu halten."

Der jüngere der Beons kam indessen rasch näher, und seine Füße draußen an der Tür gegen die Steine klopfend, daß er den Schnee aus den Falten des um die Knöchel geschlagenen Schaffelles abschüttelte, betrat er mit dem frommen, aber vollkommen leife und kaum hörbar gemurmelter Gruß: "Ave Maria purissima!" die Hütte.

"Para siempre!" erwiderte halb unbewußt mit lauter Stimme und recht aus tiefem, innerstem Herzen heraus die Frau, und der Beon, der in dem vollkommen dunkeln Raum, bei dem schwachen Schein, der dürrig durch die niedere Eingangspforte fiel, seine Umgebung nicht gleich erkennen konnte, lagte mit kaum unterdrücktem Ausruf der Überraschung, aber bald gefaßt:

"Pero amigos — was ist das? — die Senorita — ei wahrhaftig, alle zusammen auf und munter — es ist noch lange nicht Morgen. Aber ich glaub' es wohl, daß Ihnen die Zeit hier in dem kalten Loch lang geworden — wir können noch fünf oder sechs Stunden schlafen."

(Fortsetzung folgt.)

größte Teil auf die städtischen, mehr industriellen Wahlkreise. Rein relativ betrachtet haben aber die mehr ländlichen Kreise den stärksten Aufschwung. Da sind Wahlkreise mit einem Steigen der sozialdemokratischen Stimmen um 50, 100 und gar 170 Proz. Bei den größeren städtischen Kreisen beträgt aber die Steigerung nur bis zu 27 Proz. Frankfurt a. M. hat — abgesehen — die stärkste Stimmenmehrung. Die sozialdemokratischen Stimmen liegen hier von 28 869 im Jahre 1907 auf 35 945, also um 7076. Dann folgt Hanau mit einer Steigerung um 4876 (von 17 923 auf 22 799), Kassel mit 4727 (von 17 073 auf 21 800), Höchst mit 4299 (von 16 978 auf 21 277), Eichwege-Schmalkalden mit 3812 (von 2262 auf 11 074), Wiesbaden mit einem Mehr von 2573 (von 12 630 auf 15 203). Dann folgen die mehr ländlichen Kreise mit ihren prozentual ganz gewaltigen Dimensionen: Diez-Eimbürg um 1998 (von 1657 auf 3655), Hersfeld-Kotenburg um 1706 (von 1797 auf 3503), St. Goarshausen um 1494 (von 879 auf 2373), Dillenburg-Herborn um 1554 (von 1049 auf 2603) und Fulda-Schlichkern um 835 Stimmen (von 808 auf 1643). Das sind prächtige Erfolge, auf die wir stolz sein können.

Eine definitive Entscheidung brachten die Hauptwahlen nur in drei Kreisen: In Hanau-Gelnhausen, wo unser Genosse Hoch keine Gegner mit einer Majorität von etwa 1400 Stimmen schlug und in den zwei Zentrumsdomänen St. Goarshausen und Fulda, in denen Bahlem und Müller-Suida wiedergewählt wurden. In dem 11. Wahlkreis sind 7 Sozialdemokraten, 6 Antimilitaristen, 4 Nationalliberale und je ein Zentrumler, Konservativer, Fortschrittler, Bauernbündler und Demokrat beteiligt. Der Sozialdemokratie gelang es wider Erwarten nicht, mehr wie ein Mandat im ersten Gange zu holen. Sie steht aber in sehr aussichtsreichen Stichwahlen, so daß zweifellos zu den bisherigen in unklarerem Besitz befindlichen Mandaten in Hessen-Nassau (3) noch einige dazu kommen werden. Von anderen 7 Genossen, die in der Stichwahl stehen, kommen 3 mit Antimilitaristen, 2 mit Nationalliberalen und je einer mit einem Zentrumsmann und einem Fortschrittler in die engere Wahl.

In Höchst-Wiesbaden fehlten unserem Genossen Brühne nur 1200 Stimmen an der absoluten Majorität. Er bekam 21 277, das Zentrum 9775, der Fortschrittler 6072, der Nationalliberale 6396 und der Bauernbündler 1474 Stimmen. Die Liberalen geben also den Ausschlag. Man kann mit Bestimmtheit annehmen, daß Brühne mit großer Mehrheit gewählt wird. In Wiesbaden steht Genosse Lehmann mit dem nationalliberalen Kommerzrat Bartling in der Stichwahl. Lehmann bekam 15 208, Bartling 10 407 Stimmen. Die Fortschrittler (8810 Stimmen) haben bereits Parole für Bartling ausgegeben. Ausschlaggebend ist ferner das Zentrum, dessen Stimmen in den für den Konservativen v. Raaben abgegebenen 7144 Stimmen enthalten sind. Vor fünf Jahren ist das Zentrum bei der Stichwahl für Lehmann eingetreten. Wie in Wiesbaden stehen wir auch in Kassel mit dem Nationalliberalen in Stichwahl. Genosse Hüttner (Frankfurt a. M.) vereinte 21 800 Stimmen auf sich, der Nationalliberale bekam 13 234 und der Antimilitarist Lattmann, der bisherige Vertreter des Kreises, nur 9532 Stimmen. Herr Lattmann fiel also schon bei der Hauptwahl durch. Vor fünf Jahren kam der Antimilitarist mit unserem Kandidaten in die Stichwahl und die Nationalliberalen waren da für ihn die Wahlsieger. Diesmal ist es umgekehrt. Alle Mühe dürfte aber umsonst sein. Gewissen Hilfsmittel fehlen nur rund tausend Stimmen zur absoluten Mehrheit und diese können sicher noch angebracht werden.

Im Regierungsbezirk Kassel sind noch in zwei Kreisen die Stichwahlschancen für uns äußerst günstig: in Eichwege-Schmalkalden und Kintela-Holgermar. In beiden Kreisen stehen wir mit Antimilitaristen Raab und Herzog, die ja in Hessen-Nassau außerordentlich schlecht abgezeichnet haben, in engerer Wahl. In Kintela-Holgermar geben die Nationalliberalen, im Eichwege die Fortschrittler den Ausschlag. Beide Kreise müssen dem Antimilitaristen abgenommen werden, wenn die Liberalen sich nicht selber Fäden stricken wollen und die Front nach rechts rücken. Dem schwarzblauen Block kann ferner der Kreis Dillenburg-Herborn entfallen werden. Dem christlichsozialen Dr. Burckhardt (10 197 Stimmen) steht ein Nationalliberaler (6857 Stimmen) gegenüber. Der Fortschrittler hatte 4703 und unser Genosse Maroke 2603 Stimmen. Diese geben den Ausschlag. Antimilitarische der Nationalliberale unsere Stichwahlbedingungen, dürfte er zweifellos den Antimilitaristen schlagen. Auf die sozialdemokratischen Stimmen sind die Nationalliberalen auch in dem Wahlkreis Diez-Eimbürg angewiesen. Oder ist Stichwahl zwischen dem Konservativen und dem Nationalliberalen. Der erstere bekam 10 660, der letztere 7504 Stimmen. Der sozialdemokratische Kandidat Zimmermann erhöhte seine Stimmenzahl von 1657 auf 3655. Der Fortschrittler hatte 1206 Stimmen. Der Nationalliberale ist also auf die Unterstützung des Sozialdemokraten angewiesen.

Prächtig abgezeichnet haben auch unsere Genossen in Hersfeld-Kotenburg. Unserem Gen. Schnabrich (Frankfurt a. M.) gelang es, das Zentrum zu überflügeln und an dessen Stelle mit dem Antimilitaristen in die Stichwahl zu kommen. Ausschlaggebend sind hier die Konservativen und das Zentrum. Die Fortschrittler werden wohl unseren Kandidaten unterstützen. Die Reichspartei haben aber zusammen ungefähr 4000 Stimmen mehr als die Linke.

Außerordentlich hartnäckig war der Wahlkampf in Frankfurt a. M. Die von den Nationalliberalen und dem Mittelstand unterstützten Fortschrittler arbeiteten mit allen Mitteln, um uns in die Stichwahl zu drängen. Das erbärmlichste und für den Fortschrittler unwürdigste war wohl, daß seine Presse im redaktionellen Teil folgenden Aufruf veröffentlichte:

„Staatsbeamte und Staatsarbeiter!
Denkt an Euren dem Kaiser und Könige
geliebten
Ehren
und wenn Ihr das tut, dann könnt Ihr nicht

sozialdemokratisch wählen wollen, dann
könnt Ihr nur Rudolf Deter Eure Stimme geben!“

In Elbe-Deich machte man's im Antimilitaristen.
Die Wahlbeteiligung war in Frankfurt a. M. außerordentlich stark, härter als je zuvor bei einer Hauptwahl: Sie betrug 84 Proz. Der Ausschlag der Wahl ist sehr bedauerlich. Genosse Dr. Dierckh blieb nur rund 2500 Stimmen hinter denen der Bürgerlichen Juristen. Die sozialdemokratischen Stimmen liegen wohl von 28 869 auf 35 685, aber auch Deter hatte einen starken Zuwachs, er bekam 31 307 Stimmen gegen 17 692 im Jahre 1907. Bei dieser Steigerung muß allerdings berücksichtigt werden, daß diesmal Herr Deter über 10 000 nationalliberale und mittelständlerische Stimmen von vornherein auf sich vereinte, die ihm 1907 fehlten. Der wirkliche Zuwachs der Fortschrittler ist bedeutend geringer als der unsrige.

Die Chancen für die Stichwahlen sind für die Sozialdemokratie wesentlich besser als 1907. Damals betrug der Vorzug der bürgerlichen Parteien rund 4000 Stimmen, diesmal nur 2500. Die Fortschrittler kühlen bereits um die Zentrumsstimmen, sie haben, wie verläutelt, schon durch Wahlmänner mit dem Zentrum Verhandlungen geführt. Wahrscheinlich wird dem Zentrum ein oder zwei Stadtverordnetenmandate als Lohnobjekt angeboten.

Stichwahlparolen.

Für Augsburg haben die liberalen Parteiführungen sowie die liberalen Ökonomen einstimmig beschlossen, in der Stichwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten Kollwagen einzutreten. Es soll auch ein entsprechender Aufruf in den liberalen Blättern erscheinen. — Der Bund der Landwirte in Bayern hat beschlossen, nur dann für den liberalen Kandidaten einzutreten wenn die Liberalen eine entsprechende Gegenleistung bieten. Der Bund der Landwirte wünscht nämlich Unterstützung bei den kommenden bayerischen Landtagswahlen. Da nun aber die Liberalen für diese mit den Sozialdemokraten ein Bündnis abgeschlossen haben, in das der Landwirte-Bund nicht einbezogen ist, und die Liberalen von ihrem Bündnis nicht Abstand nehmen können, so wird wahrscheinlich der Bund der Landwirte Wahlenthaltung üben und damit den Kreis aller Voraussicht nach den Sozialdemokraten zufallen lassen.

Für die Pfalz gibt unsere Partei folgende Parole aus: „Eine den Liberalen günstige Stichwahlparole der praktischen Sozialdemokratie kann nur dann ausgegeben werden, wenn die Liberalen der Pfalz die Stichwahlparole der liberalen Arbeitsgemeinschaft auch auf die Pfalz übertragen. Andernfalls haben wir an dem Auszug der Stichwahl in Birmahens, Neustadt und Gernersheim kein Interesse. Die Liberalen mögen dann sehen, wie weit sie dort ohne die Hilfe der Sozialdemokratie kommen.“ Die Liberalen sehen das ein. Es wird gemeldet: Die heutige Vertrauensmännerversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei für den Kreis Kaiserslautern beschloß einstimmig, in der Stichwahl für den Sozialdemokraten Hoffmann gegen den Bündnisführer Dr. Köstler einzutreten, in der Erwartung, daß sämtliche Parteifreunde dieser Parole folgen werden.

Für Baden hat selbstverständlich unsere Partei die Parole ausgegeben: „Gegen den schwarzblauen Block! Gegen das Zentrum!“ Demgemäß werden die sozialdemokratischen Wähler aufgefordert, in den fünf Wahlkreisen Konstanz, Dausau, Lörrach, Freiburg und Offenburg ihre Stimmen gegen das Zentrum und somit für die liberalen Kandidaten abzugeben. In Heidelberg, wo die Sozialdemokratie in Stichwahl mit den Nationalliberalen steht, sei die Wahl eines Konservativen oder eines Zentrumsmannes ausgeschlossen, in Karlsruhe werde der Wahlkampf zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten ausgefochten werden.

Der Vorstand der Liberalen Landespartei für Elsaß-Lothringen fordert die Kreisorganisationen in Straßburg-Land, Colmar und Metz auf, die Parole für die Kandidaten der Sozialdemokraten auszugeben und alles in die Wege zu leiten, was zur erfolgreichen Durchführung der Wahlparole erforderlich ist.

Der Raubkrieg.

Die Dole Juara, die demnächst besetzt werden soll, ist von italienischen Kriegsschiffen besetzt worden. Weitere Nachrichten von Bedeutung liegen nicht vor.

Die Republik China.

Suanichikai erhielt nach dem Attentat von allen Seiten einhellig die Grandchancen Hunderte von Glückwünschen. Er drückte sein tiefes Bedauern über den Tod seiner Anhänger aus.

Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Suanichikai sind viele Zusammenhänge vorzunehmen worden. Bei den angestellten Untersuchungen sind eine Anzahl Bänder aufgefunden worden.

In Peking bei Sicha sind auf einem japanischen Dampfer 300 chinesische Revolutionäre aus Saiten angelangt und haben die Stadt in Besitz genommen. Aus der Provinz Hunan, speziell aus Sichangshan werden ebenfalls Urtrüben gemeldet. In Tientsin ist es ebenfalls zu neuen Unruhen gekommen.

Die südliche Strecke der Eisenbahn Kantschi-Pukon bis zu der Station Pongpu ist durch republikanische Truppen besetzt worden. Die Republikaner anliegen das bisherige Behauptungsgebiet zu verlassen.

Trotz der abermächtigten Verhängung des Waffenstillstandes am 14. Tage sind 200 Mann Rebellen truppen von Schanghai nach Nanking abgegangen um sich mit den angestrichenen Elementen der südländlichen Division in Schantung zu vereinigen. Dies ist wahrscheinlich ein Versuch, um Suanichikais Verhängung, den Thron zu abdanken und den Hof zum Fortzug nach Szechuan zu bewegen, nachher zu veröffentlichen.

Dem „Newark Herald“ wird aus Peking gemeldet man glaube, der gegen Suanichikai verübte Anschlag sei die hauptsächlichste Ursache, weshalb die Mandchus prinzipiell die einhellige Astenal gegen ihre Verleumdungen, ihren Widerstand gegen die Abdankung des Kaisers aufgegeben hätten.

Dem „Newark Herald“ wird aus Schanghai gemeldet, Sun Yatien habe telegraphisch, falls der Kaiser abdankt und Suanichikai sich den Republikanern anschließen, werde er zu dessen Gunsten zurücktreten.

Aus der Partei.

Die in der Provinz Posen landesübliche Handschuhfabrik Montag im Bromberger Parteisekretariat für die Provinz Posen beim Genossen Levis hat. Zwei Krimine beauftragt werden nach dem Flugblatt für die Eisenbahner, direkt: Eisenbahner, wo steht Euer Feind? Wo steht Euer Freund? Die Handschuhfabrik Montag im Bromberger schickte im November den Verbreitern wegenommen wurden. Die Verteiler bekamen dann jeder ein Stimmandat über 1 M. weil sie ohne politische Erlaubnis verteilt hatten und in die Wahlen noch nicht ausgeschrieben waren. Die Blätter wurden nach fünf Wochen dann wieder ausgehändigt. Je nach der Wahl wird man sie als hochgefährlich konfiszieren. In den fünf Wochen fand man hier nichts Anstößiges darin.

Unsere Göttingerische aus dem Zustande ärgern d. Kreuzung so sehr, daß sie sie als Kundgebungen der Freiheit der Feinde Deutschlands verächtlich. Das Ausland, die die „Kreuzung“ meint steht unseren Genossen genau so gegenüber, wie die Junker uns. Die Göttingerische der denkenden Parteiarbeiter scheinen uns aber ehrenvoller, als die Kreuzzugsbezeichnungen der „schwarzen“ Mörderhauptidee unsere Konservativen!

Gewerkschaftsbewegung.

Wieder ein gelber Reinkaff! Bei den Wahlen zu Gewerkschaften für die neu gegründete Berliner Bode zwangsmäßigkeit erhielt die Linke des Zentralverbandes 60 die des gelben Bodebundes nur 104 Stimmen. — Bei der darauffolgenden Wahl der Mitglieder des Innungsgerichts erlitten die Gelben noch eine schlimmere Niederlage für die Verbandslinie wurden bei dieser Gelegenheit 44 für die Gelben nur 43 Stimmen abgeben. Das Resultat wäre für den Verband noch besser, die Niederlage der gelben Bodebünde noch etwas geringer gewesen, wenn nicht 20 Verbandsmittelglieder, die sich wählen wollten durch Schuld der Meißner um ihr Wahlrecht gekommen wären, weil die Meißner nicht zur Ausstellung einer Bescheinigung über die Mitgliedschaft der Leute zu bewegen waren. Ohne eine solche ist niemand zur Ausübung der Wahl legitimiert.

Soziales.

Die Unfallrenten der Gärtnerei, Park- und Friedhofarbeiter. Das Arbeitspersonal in den Gärtnerei, Park- und Friedhofbetrieben unterliegt wegen seines Anspruch auf Unfallrente unterschiedlichen Bestimmungen. Während die Renten der Gärtnerei und Gärtnereischüler nach dem Individuallohn zu berechnen sind (sich den Arbeitern in der Gewerkschaftsverfängerung) gilt für alle nichtgewerkschaftlichen Arbeiter in diesen Betrieben das gleiche, was für landwirtschaftliche Arbeiter Grundgesetz ist: Ihre Renten werden nach dem allgemeinen Jahresdurchschnittslohn berechnet, der für diesen Zweck von der zuständigen Verwaltungsbehörde für alle diese Arbeiter bezirksweise festgestellt wird. Diese Durchschnittslohn liegen nun zum Teil unter den Lohnsätzen der Arbeiter in Gärtnerei, Park- und Friedhofbetrieben. Da nun die neuen Bestimmungen über die landwirtschaftliche Unfallversicherung den Berufs-gewerkschaften das Recht geben, in solchen Fällen durch das Berufsgenossenschaftsamt die günstigeren Bestimmungen auch auf weitere Arbeitsschichten auszuweiten so erludien der Allgemeine Deutsche Gärtnereiverband durch eine Eingabe im November d. J. die Berufsgenossenschaft von diesem Rechte für die genannten Arbeitergruppen Gebrauch zu machen. Die brandenburgische Berufsgenossenschaft ließ erkennen, daß sie geneigt sei, dem Gewerbe näher zu treten; die sächsische machte dem Gewerbe eine ausdrückliche dahin gerichtete Mitteilung. Die badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft hat jedoch erklärt, daß sie das Geschäft für unüberwindlich halte. Andere haben bisher nicht geantwortet. Vom Belang ist aber, was die badische Berufsgenossenschaft somit noch sagt, sie sagt ihrer Ablehnung nämlich hinzu: „Am liebsten wäre uns, wenn die gewerblichen Gärtnerei aus den landwirtschaftlichen Berufs-gewerkschaften und eine Berufsgenossenschaft für sich bilden würden.“ Auf diesen Standpunkt hat sich nun auch die am 19. und 20. Dezember v. J. in Würzburg stattgefundene Konferenz der Vorstände sämtlicher 49 landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften gestellt. Infolgedessen wären gegenwärtig die Organisationen der Gärtnereiarbeiter einer regen Meinungsäußerung über diese Frage. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Gärtnereiarbeiter sich für eine eigene Gärtnereiberufsgenossenschaft entscheiden werden und daß auch das Reichsversicherungsamt solchen Entschiedenheiten werden. Ob dadurch die Geschicklichkeit leichter zu ihrem erreichten Ziele kommen werden, oder ob sie dann gar noch größeren Widerständen stehen, kann nicht vorausgesetzt werden. In der Frage der Arbeitsverhältnisse waren bisher die Gärtnereiarbeiter eben so reaktionär wie die eigentlichen Arbeiter. Immerhin soll nicht unerwähnt bleiben, daß das Organ des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands die Forderung als gerechtfertigt erklärt hat. Auch der Verband württembergischer Handelsgärtner hat schon eine dieser Artliche Erklärung abgegeben.

Mit der enormen Preissteigerung der Kartoffeln beschäftigen sich die Kreise der Kaufmannschaft von Berlin in ihrer letzten Sitzung. Obwohl bis vor kurzem noch der Verband von Kartoffeln möglich war, war das Angebot der Kartoffeln beschränkt und man ist in den Kreisen der Kartoffelhandels der Ansicht, daß die Vorräte in erster Linie ziemlich gering sind. Angesichts dieses Umstandes und der unerwartet häufig auftretenden Fäulnisbeschwerden die Ähren der Kaufmannschaft von Berlin zu beantragen, daß der Einfuhrzoll auf Kartoffeln, der nach dem Zolltarif vom 15. Februar bis 31. Juli in Höhe von 1 M. für 100 Kilo zu erheben ist, in diesem Jahre nicht zur Erhebung kommen möge, damit durch die Erleichterung der Zufuhr von Kartoffeln aus dem Ausland eine mäßige Ernte auf die Preisentwicklung erzielt werde.

Aus dem Gerichtssaal.

„Bekannt“ kommt. In Berlin ist die Staatsanwaltschaft gegen den wegen Störung angeklagten

Fräulein Philipp Groß zu Ende gegangen. Groß hat im Verein mit seiner Frau, einer geborenen Alice Milpacher, gegen ältere Herren schamlose Erpressungsversuche verübt. Diese „Dame“ stand seinerzeit in intimen Verkehr mit einem verstorbenen weimarischen Prinzen. Sie hatte diesen Verkehr später zu Erpressungsversuchen ausgenutzt und ist zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sie weilt jetzt im Auslande. Die Milpacher soll es verstanden haben, Beziehungen mit älteren, sehr wohlhabenden Männern anzuknüpfen und sie bei passender Gelegenheit in ihre eheliche Wohnung zu locken. Ihr Gemann, der ganz „zufällig“ von der „Anticru“ seiner Waim Kennnis erhielt, erschien dann im passendsten Augenblick auf der Bühne, heuchelte übergroße Erregung, gebärdete sich als der schwächlich betrogene Ehemann und soll dann gegen seine Opfer mit kolossalen Erpressungen vorgegangen sein. Auf Grund der unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Beweisnahme sprachen die Geschworenen den Angeklagten in je einem Falle der vollsten schuldigen und verlangten ihm in dem Falle der räuberischen Erpressung die in derben Umstände. Der Staatsanwalt beantragte 7 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Der Gerichtshof erkannte auf eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Aus Nah und Fern.

Wahlserge. Von der Reichstagswahl in Berlin weiß der „Vorwärts“ folgende Serje zu erzählen: In Charlottenburg, Wahlbezirk 79 (Wilhelmsdorfer Straße Ecke Germinstraße), verließ der Wahllokaler einen Stimmzettel mit der Aufschrift: „Ich wähle den Kronprinzen, damit er ungekört in den Reichstag gehen kann — ohne Watern zu fragen.“ Der Zettel eines anderen Wählers, seines Reichens ansehender ein ehrfamer Hausbesitzer, wies den charakteristischen Satz auf: „Ich wähle keinen; blau ist für neue Steuern, rot zahlt keine Miete!“

Vorangegangene Vohfotandrohung? In der „Kreiszeitung“ für den Kreis Regenwalde, die in Laube erscheint, findet sich folgendes Fretat, das keines Kommentars bedarf: „Um meine lieben Freunde und wer te Kundschafte zur öffentlichen Wahrheit zu führen, erkläre hiermit, daß ich nicht liberal, wie mein Schwiegervater, sondern streng konservativ bin und handle nur nach dem Wort: Des Herrn Brot ich esse. Des Herrn Lied ich singe.“

B. J. o. e. s. Bauunternehmer, Bahnhof-Rubnow.

Ein dreifacher Raubmord. Gestern wurden der 50 Jahre alte Jüwelier Schulze, seine 44 Jahre alte Ehefrau und die 13jährige Tochter Grete in ihrem Hause ermordet und mit schrecklichen Verletzungen in ihrer Behausung auf dem Grundstück Alte Jakobstraße 94/95 in Berlin aufgefunden. Man nahm zunächst an, daß es sich um den Mord einer Familientragödie handelt. Nach den polizeilichen Ermittlungen ist aber nunmehr festgestellt, daß es sich um dreifachen Raubmord handelt. Am Ort der Tat fand man einen weichen schwarzen Filzhat, der unzweifelhaft dem Täter gehören dürfte. Die Tochter ist tot. Frau Schulze wurde dem Krankenhaus im Urban ihr Warte der Charité zugeführt. Bei beiden besteht wenig Hoffnung auf Erhaltung ihres Lebens.

Ein Momentbild aus dem Leben eines Eisenbahnproletariats. Das Landgericht Bonn hat am 18. August v. J. den Bahnwärter Matthias Schafarth wegen schuldiger Tötung und Gefährdung eines Eisenbahntrafporters zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Sch., ein Mann von 66 Jahren, ist seit 1886 Schrankenwärter an der Eisenbahnlinie Bonn—Custtrien; er hatte täglich 14 Stunden Dienst und mußte während dieser Zeit etwa 120 Züge vorbeifahren lassen; außerdem hat er zwei Telefone zu bedienen und die Bahnstraße in der Nähe seiner Station zu revidieren. Am Abend des 7. April v. J. gegen 11 Uhr fuhr der Schnellzug Köln—Custtrien mit drei Minuten Verspätung durch. Nachdem der Zug vorbei war, öffnete Sch. die Schranke, um einen leeren Möbelwagen über den Bahndamm zu lassen. In demselben Augenblick kam, dem Kölner Schnellzug entgegen, ein Personenzug, der von Custdorf nach Bonn fuhr. Der Möbelwagen wurde von dem Zuge erfasst und zertrümmert; der Kutscher des Möbelwagens erlitt so starke Verletzungen, daß er kurz darauf verstarb. Dem Sch. ist an diesem Unglück insofern ein fahrlässiges Verschulden zur Last gelegt worden, als er die Schranken geöffnet hat, ohne sich davon zu überzeugen, ob aus der entgegengesetzten Richtung der Zug kam; vor allen Dingen hat er übersehen, daß das Signal bereits auf „Fahrt“ stand; sodann hätte er auch erwägen müssen, daß durch die Verspätung des Kölner Zuges die Anfahrzeit bis zum Eintreffen des Personenzuges um drei Minuten verkürzt war. Gegen obiges Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. In dieser führte er aus: Der Begriff der Fahrlässigkeit sei verkannt; er habe den Dienst an jenem Abend ebenso wahrgenommen, wie an jedem andern Tage seiner fünfundsanzwanzigjährigen Dienstzeit. Die Ermägungen, die er nach Ansicht des Gerichts hätte anstellen sollen, hätte er nicht anstellen können, zumal seines hohen Alters und der aber-
anstrengung wegen; aus eben denselben Gründen habe er bereits einige Zeit zuvor seine Pensionierung nachgesucht. Da auch das Gericht selbst in dem Urteil sagt, er sei „für den Posten nur noch wenig geeignet“, so könne ihm um so weniger irgend ein Verschulden an dem Unglück beigemessen werden. Das Reichsgericht hielt jedoch gleichfalls ein fahrlässiges Verschulden des Sch. für erwiesen; es bestätigte deshalb am 16. Januar das vorinstanzliche Urteil und erkannte auf Verwerfung des Rechtsmittels.

Staatsverhaltende Gewalttätigkeiten. Bekanntlich waren es liberale Blätter, die einige Tage vor dem 12. Januar Zatarennachrichten über „sozialdemokratischen Versammlungsterrorismus“ kolportierten. Es war glatter Schwindel, die sich inzwischen herausgestellt hat. Dafür meldet unser Stuttgarter Bruderorgan einen Akt nationalliberaler Rohheit, wie er in diesem Wahlkampfe wohl einzig dastet und der in Stuttgart in Dintelackers Saalbau bei Bestäubung der Wahlresultate am 12. Januar verübt wurde. Die Stuttgarter „Tagwacht“ meldet über den wüsten Akt: Die Niederlage der Nationalliberalen Partei sollte oder vielmehr mußte mit Blut gerochen werden. Als der Vorsitzende Dr. Bides das Resultat verkündete, entließ sich einige Anwesende ein Ausdruck der Freude. Ohne lange zu forschen, wer sich erdreistete, sich über die Niederlage dieser Partei zu freuen, haben die „nationalen Helden“ blinzelnd um sich und trafen dabei auch eines seiner Aufgäbe nach dem Arbeiterstand angehörigen Besucher. Während nun die Menge tobte und schrie und Rauschschreien verlangte, glaubte das nationalliberale Wahlkomitee seine Aufgabe darin erblickt zu müssen, diesem Toben und Schreien noch mehr Nahrung zu geben. Der Vorsitzende ermahnte nämlich nicht zur Ruhe und Besonnenheit, sondern forderte die Gegner auf das Lokal zu verlassen. Einige der nationalliberalen „Helden“ machten sich

nun daran, einen vermeintlichen Gegner in recht unsanfter Weise zu entfernen. Er wurde durch die Menge geertzt und bekam bei diesem Anstöße-Luft-Setzen einen Schlag mit einem Maßkrug auf den Kopf, so daß er bewußtlos zusammenbrach. Einige der Anwesenden nahmen sich des Verletzten an und nur dem Eingreifen dieser handfesten Männer ist es zu verdanken, daß der bewußtlos Zusammengebrochene vor weiteren Mißhandlungen verschont wurde. Namentlich tat sich hierbei der führende Schulkamm, heutige Rathausdiener Angst hervor, der den Verletzten bei seinem Verbringen ins Büfett bezw. in den blauen Saal noch einmal am Wartpakte und ihm einen kräftigen Schlag versetzen wollte, der jedoch abgewehrt werden konnte und einen der sich um den Verletzten annehmenden Männer ins Gesicht traf! Wie sich herausstellte, hat sich dieser Mann sehr ruhig verhalten! Kein einziges der nationalliberalen „Helden“ verlegendes Wort war dem Manne entfallen! Ob die blüherliche Prekforona, die sich die Geschichtlichen von „sozialdemokratischem Versammlungsgrad“ aus den Fingern saugt, von dem nachweisbaren Komplot der Staatsverhaltenden auch nur Notiz nehmen wird?!

Die Angst vor der roten Farbe. Der „Vorwärts“ schreibt satirisch: Herr v. Verhmann Dollmea hat alle rot tapezierten Zimmer in seinem Palais in der Wilhelmstraße in blaue umändern lassen, da er die rote Farbe nicht gut vertragen kann. — Die Herren Gutsbesitzer sind von den Landräten angewiesen worden, auf keinen Fall die so beliebten roten Zäunthäuser bei den Gutsarbeitern zu dulden im Interesse der Tuthäuser und freien Ochten, die beim Anblick der roten Farbe leicht wild werden. — Den Lehrern der Gemeindefchulen wird bekanntgegeben, daß fortan zum Korrektieren der Hefte nur blaue Tinte verwendet werden darf, anstatt der bisher gebräuchlichen staatswidrigen roten. Die Schüler sollen tiefschwarze Tinte benutzen, um eine bisher gut bewährte Farbenharmonie herzustellen. — In bakteriologischen Instituten und künftlichen Kliniken sind Versuche angestellt worden das Blut von wilden Kaninchen durch Einspritzungen blau zu färben. Man hat vorzügliche Resultate erzielt. Aus den wilden Kaninchen wurden nämlich zahme. Daraus ergibt sich die Folgerung, daß man dies auch bei Staatsbürgern anwenden, sie also im Handumdrehen von Sozialdemokraten in Konservative verwandeln kann. Man gebe also acht, daß man nicht hinterücks von einem fanatischen Anhänger der neuen Methode von einer mit blauem Farbstoff versehenen Nadel geplatzt wird. — In absehbarer Zeit werden wir auch in patriotischen Schlächterläden blaue Grünwürst zu kaufen bekommen. Und was dann noch kommen wird, kann niemand sagen. Nur die rote Laterne, die zu verbotenen Genüssen lockt, bleibt bestehen.

Kleine Nachrichten. Aus Mey wird gemeldet: Nachdem Dienstag nachmittag noch eine einacheude Ortsbesichtigung stattgefunden hatte, sind drei von den fünf Personen, die unter dem Verdacht standen, an der Bluttat an dem Gohobien Maasch beteiligt zu sein, wieder freigelassen worden. Nur Martin bleibt in Haft, weil er als Täter in Betracht kommt, während Alexis Saman, der Vorsitzende der aufgelösten „Vormaine Sportive“ und weiteren „Vormaine Voraine“, die in dem Prozesse wider die „Vormaine Sportive“ gegen ihn erkannte Gefängnisstrafe von 6 Wochen angetreten hat. — Aus Glauchau wird gemeldet: Ein dreizehnjähriger Schüler aus Oberlumawitz ließ sich bei Hohenheim a. d. Elbe von einem Schnellzug überfahren. Der Knabe war sofort tot. Aus den hinterlassenen Aufzeichnungen des Lebensmüden geht nicht hervor, warum er den Tod suchte. — Bei Widom hinter Sosnowice fuhr infolge fallcher Weichenstellung in vergangener Nacht um 12 Uhr 1 Min. der nach Warschau gehende Kurierzug einem Güterzug in die Klauke. Drei Personen, darunter der Führer und der Heizer des Güterzuges, wurden getötet und mehrere Personen verletzt. Sechs Wagen des Kurierzuges wurden beschädigt. — Nach einem Wiener Telegramm wird der Reichsratsabgeordnete Silberer (SD.), der sich auf einer Sktour in der Schweiz befindet, seit dem 6. Januar vermißt. In diesem Tage erhielt seine Familie die letzte Karte von ihm aus Zell am See. Man glaubt, daß er bei einer Sktour, die er meist allein unternahm, verunglückt ist. Keiner werden im Gebiete des Monte Rausen am Mendelschberge vier einjährig-fremdwilige Kattierjäger der Bozener Garnison vermißt, die eine Partie darüber unternommen hatten. — In Olmütz stand das zweiundzwanzigjährige Dienstmädchen Franziska Benwickle unter der Anklage des meuchelichen Giftmordes vor Gericht. Sie hatte ihre zwanzigjährige Schwester Marie, die bei einem Lehrer als Magd bedientet war, töten wollen, um deren Erbschaft — einige hundert Kronen — antreten und dann heiraten zu können. Zu diesem Zweck schickte sie ihrer Schwester Zuckerwerk, das sie mit Arsenik bestrich. Unglücklicherweise gab aber Marie das Zuckerwerk den zwei kleinen Knaben des Lehrers, die einige Stunden darauf unter gräßlichen Qualen starben. Die Angeklagte, die der Geburt eines Kindes entgegensteht, gab bei der Verhandlung Ludwig zu, daß sie ihre Schwester habe aus dem Wege räumen wollen, um in den Besitz von Geld zu kommen und den Geliebten, einen Soldaten, zurückzuerobern. „Ich wollte“, sagte sie, „daß mein Kind den Vater nicht verliert.“ Sie wurde zum Tode verurteilt und nahm das Urteil gefaßt entgegen. — Bei Chartres wurden drei Arbeiter der französischen Westbahn, die während dichten Nebels mit der Ausbesserung des Gleises beschäftigt waren, von einer Lokomotive erfasst und vollständig zermalmt. — Im Palazzo San Giacomo (Neapel), in dem die Finanzverwaltung untergebracht ist, ist Feuer ausgebrochen, das einen großen Umfang angenommen hat. Erst Mittwoch morgen kurz vor 3 Uhr ist es gelungen, den Brand einzudämmen. Auch die Schiffmannschaften der Marine beteiligten sich an dem Rettungswerk. Nur ein Teil der Geschäftsräume der Intendantur ist verbrannt. Vier Feuerwehrleute erfrankten an Rauchvergiftung. — In einem der größten Hotels zu Boston brach im Speisesaal ein Feuer aus, das sich schnell über das ganze Gebäude verbreitete. Viele Gätte wurden nur nordürftig bekleidet mit Hilfe von Leitern gerettet. Die Polizei befürchtet, daß ein Verlust von Menschenleben zu beklagen ist. — Ein verheerendes Feuer ist in Osaka (Japan) am Dienstag um 1 Uhr nachts ausgebrochen. Bis 6 Uhr früh waren 5268 Häuser niedergebrannt. Die Feuersbrunst wütete infolge eines heftigen Sturmes noch lange unermindert fort, aber 3000 Menschen sind obdachlos. — In der Roslowig-Grube der Rattowitzer Aktien-Gesellschaft brach auf der 600-Meter-Sohle Feuer aus. Infolge der starken Rauchentwicklung sind vier Bergleute ums Leben gekommen. Ihre Leichen konnten noch in der Nacht geborgen werden. Es sind umfassende Maßnahmen getroffen worden, damit der Brand erstickt und eine Anzahl noch gefährdeter Bergleute gerettet werden kann. — Auf dem Terrain der Dynamitfabrik Aktien-Gesellschaft Schlebush erfolgte eine Explosion des Waschkamies. Ein Arbeiter wurde getötet, 5 wurden schwerer und mehrere leicht verletzt. Von den schwer Verletzten ist am Nachmittag einer gestorben. — Im Walde bei Köderan bei Dresden wurde ein 13jähriger Knabe aus Wilmsdorf bei Berlin erhängt aufgefunden. Der Hals wies auch Strömungen auf. Des Todes verdächtig ist

die eigene Mutter, die den Knaben erbroffelt haben soll. Dieser kommt aus der ersten Ehe der Frau. Die augenscheinlich geistesgestörte Frau meldete den Tatbestand in einem Briefe ihrer Schwester, die hieroon die Polizei benachrichtigte. Die Täterin ist, wie sie in dem Briefe erklärt, nach Dresden abgereist, um sich das Leben zu nehmen. — Das Geschworenengericht in Budapest sprach nach dreitägiger Verhandlung die Brüder Gabriel und Andreas Bilinski, Söhne des ehemaligen Staatssekretärs Bilinski, frei. Diese hatten am 14. Mai 1911 den Abgeordneten Andreas Nchim wegen Verleumdung ihres Vaters erschossen. Das Appellgericht hatte das freisprechende Urteil des Geschworenengerichts in Belas Gaba aufgehoben und die Angelegenheit dem Budapester Geschworenengericht zu erneuter Verhandlung übertrauen. — Das Rettungsboot in Ramsgate rettete die „Vista“ — eine starke Besatzung des Hamburger Dampfers „Vista Leonhardt“, der mit seiner für Genoa bestimmten Ladung Kohlen während des Sturmes auf Goodwin Sands geraten war. Die Besatzung, die den Unbilden der Witterung preisgegeben, schwer gelitten hatte, bat im Seemannsheim Aufnahme gefunden. Der Kapitän gibt an, daß der Dampfer hart aufgefahren und wahrscheinlich verloren ist. Die Mannschaft arbeitete die ganze Nacht hindurch an der Rettung des Schiffes. — Die „Dresdener Rundschau“ meldet: In Schulpforten wurde von drei Kindern im Alter von sieben, sechs und zwei Jahren, die von ihren Eltern in einem einsamen Gehöft allein zurückgelassen worden waren, das Haus angesteckt. Die beiden jüngsten Kinder sind umgekommen, das älteste wurde sehr schwer verbrannt. Das Gehöft ist niedergebrannt. — Im nördlichen Stadtteil von Bonn wurde eine kurze Erschütterung verspürt. Die Bewegung war so stark, daß in einem Hause drei Türen aufsprangen. — Zwei meiere bei dem Hofhofenunfall auf Reche „Whönig“ geitern schwer verletzte Arbeiter sind ihren Verletzungen erlegen. Die Zahl der Toten hat sich nunmehr auf zehn erhöht. — Die Direktion der Amilinfabrik in Ludwigsfelde hat, veranlaßt durch die durch Methylalkohol verursachten tödlichen Vergiftungsfälle, folgende Bekanntmachung in der Fabrik angeschlagen: „Die in einem Vertreter Mgl. kürzlich vorgekommenen Vergiftungen, welche zum Teil auf den Genuß von mit Holzgeist verunreinigtem Branntwein zurückgeführt werden, geben uns Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß, während das Saniieren mit Holzgeist (Methylalkohol) ohne schädlichen Einfluß auf die Gesundheit ist, der Genuß desselben giftig wirkt. Wir warnen deshalb in eigenen Interesse unserer Arbeiter dringend davor, sich etwa durch die Verzeichnung des Holzgeistes als Methylalkohol verleiten zu lassen denselben als trinkbar anzusehen. Die Direktion.“ — Das Schwurgericht von Caen sprach die Stationsvorsteherin Vaskle frei, die angeklagt war, aus Rache für eine ihr angedrohte Maßregel einen Zug zum Entgleisen gebracht zu haben. — Der ehemalige Staatsanwalt Letti und der Senator und Generalrat Dumoulin in Villefranche de Rouergue, Departement Aveyron, werden wegen ihrer Vergehungen zu einem banerotten Geldstrafmann strafrechtlich verfolgt, wegen aktiver und passiver Vergehungen. — Die Gattin des Hauptmanns Paiklant, die in der verflochtenen Nacht in einem Abteil erster Klasse von Cherboung nach Paris fuhr und sich von drei verdächtigen Mitreisenden bedroht glaubte, sprang während der Fahrt aus dem Zuge und erlitt schwere Verletzungen. — Eines der bedeutendsten Dolslager Norwegens in Fredrickstad brannte geitern nieder. Zwei Menschen sind verunglückt. Der Materialschaden beträgt eine Million. — Durch die Deutsche Bohr-gesellschaft ist im Süden der Provinz Buenos Aires in einer Tiefe von 220 Metern ein artesischer Brunnen erschlossen worden. Der Druck des Wassers ist so stark, daß er 200 Meter hoch in die Luft springt und stündlich eine Million Liter zutage gefördert werden. — Ein großer Brand ist in Berlin in der Metakwarenfabrik von Ernst Koss, die sich hauptsächlich mit der Fabrikation von sogenannten Gros-Plaschen zum Warmhalten der Speisen beschäftigt, ausgebrochen. Die Fabrik ist vollständig ausgebrannt.

Genossenschaftsbewegung.

Der Konsumverein als Helfer in Tripolis. Das „Genossenschaftliche Volksblatt“ der Schweiz berichtet aus Mailand, daß die Unions cooperativa von der italienischen Regierung gebeten worden sei, um neueroberten Tripolis eine Filiale zu errichten, damit den wucherlichen Breiztreibern ein Ziel gesetzt werde. Die Regierung mußte die Bedenken der Verwaltung der italienischen Großhandels-gesellschaft zu zerstreuen. Herr Buffoli, der Leiter und Gründer der Unions cooperativa, wird sich nach Tripolis begeben, um die Angelegenheit an Ort und Stelle zu studieren. Vielleicht entsteht auch in der Umgebung von Tripolis eine genossenschaftliche Gartenstadt, wie sie Mailand beugt. Sicherlich wird es der Genossenschaftsbewegung weit eher gelingen, die eingeborene Bevölkerung für sich zu gewinnen, als den Gewehren und Kanonen der Invasionsarmee.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Lübecker Straßenbahn.

Betrifft: Reklame auf Straßenbahn-Fahrscheinen.

Die Fahrscheine-Reklame für die Zeit vom 1. April 1912 bis 31. März 1913 soll aufs neue vergeben werden.

Die Anzahl der zur Ausgabe gelangenden Fahrscheine wird einschl. Fahrscheinebündel und Arbeiterwochenkarten rund 10 Millionen Stück betragen.

Reklamtanten für diese Reklame werden höflich ersucht, ihr gest. Angebot bis zum 1. Februar cr. zu richten an die Betriebsverwaltung der Lübecker Straßenbahn, Roedstraße 50.

Zum 1. April: Freundl. Zwei-Stuben-Wohnung mit heller Küche, Wasserloset, Waschküche u. Balkonstr. 15, 1. Etage, hinten.

Zum 1. April: Zwei freundliche Zwei-Stuben-Wohnungen. Näh. bei Schnepel, Wasserweg 2.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“